

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 150

FRÜHJAHR 2003

€ 0,50

Interimperialistische Rivalitäten spitzen sich zu Für Klassenkampf gegen SPD/Grünen-Regierung! Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Iraks!

12. April – US- und britische Truppen sind in Bagdad eingerollt, eine breite Spur von Tod und Verderben hinter sich lassend. Sie brüsten sich über ihren Sieg im Irak. Aber dies ist kein Krieg, sondern ein einseitiges Abschlachten. In knapp mehr als zwei Wochen haben die USA und Britannien 30 000 Luftsätze geflogen darunter 12 000 militärische Angriffe. Dass das irakische Volk trotz der völlig ausgeweglosen Lage und mit dem blutigen Hussein-Regime im Nacken, dass die Imperialisten selbst installiert hatten, überhaupt in der Lage war Widerstand zu leisten, den man vielfach wirklich heroisch nennen kann, ist ein Maß für den Hass auf die kolonialen Invasoren.

Wir haben von Anfang an erklärt: Dies ist ein imperialistischer Raubkrieg von Seiten der USA, aber ein gerechter Verteidigungskrieg von Seiten des Iraks. Unser Aufruf zur militärischen Verteidigung des Iraks bedeutete keinerlei politische Unterstützung für das mörderische Unterdrückerregime von Saddam Hussein. Besonders angesichts der überwältigenden militärischen Überlegenheit des US-Imperialismus ist das Hauptmittel zur Verteidigung des Iraks Klassenkampf gegen die imperialistischen Herrscher in den USA und Europa. Gleichzeitig müssen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker auf der ganzen Welt die Kämpfe des irakischen Volkes gegen die amerikanischen Invasoren verteidigen.

Millionen Menschen protestierten am 20. März, dem Tag des Kriegsbeginns, in amerikanischen Städten und weltweit

PDS – keine Gegner des deutschen Imperialismus

gegen den Krieg im Irak; am 22. März gingen allein in New York 300 000 auf die Straße, wo schon bei den Antikriegsprotesten am 15. Februar Massenproteste stattgefunden hatten trotz vereinter Anstrengungen von Regierungsstel-



Durch US-Rakete verwundeter irakischer Arbeiter

AFP

len, die Bevölkerung national durch den Terroralarm „Code Orange“ und in New York City durch ein polizeiliches Demonstrationsverbot einzuschüchtern. In San Francisco gab es brutale Bulleneinsätze und 2100 Kriegsgegner wurden verhaftet. Weitere Millionen demonstrierten in jeder größeren Hauptstadt Westeuropas – London, Paris, Berlin, Rom, Madrid – und in Hunderten von Städten rund um die Welt. Eine große Mehrheit der Westeuropäer sieht in der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten die größte Gefahr für den Weltfrieden. Wenn die Herrscher Frankreichs und Deutschlands an diese pazifistische Stimmung

Fortgesetzt auf Seite 23

Bundeswehr raus aus Afghanistan, Balkan, Nahost!

Hamburg: Weg mit dem Staatsterror gegen Schüler, Immigranten und Linke!

Die Spartakist-Jugend und die SpAD protestieren entschieden gegen den empörenden brutalen Angriff der Hamburger Polizei auf Schüler während des Schülerstreiks am 24. April. Die Polizei richtete Wasserwerfer gegen eine Gruppe von 1000 Schülern, die sich in der Nähe des US-Konsulats aufhielten. Flüchtende Schüler wurden von der Polizei geschlagen, stundenlang festgehalten und erniedrigt, indem ihnen der Gang zur Toilette verweigert wurde. Zwölfjährige Schüler wurden in Handschellen abgeführt, als ob sie „gefährliche Terroristen“ seien. Mindestens 36 Leute wurden verhaftet und 125 viele Stunden lang zuerst in einem Kessel und dann in Zellen festgehalten. Zeugen berichteten, dass die rassistische Polizei gezielt „ausländisch aussehende“ Jugendliche verprügelte, während einige Bullen schrien: „Geht bloß dahin zurück, wo ihr hergekommen seid“ (*taz*, 27. März). In den Polizeistationen mussten Schülerinnen, einige erst 16 Jahre alt, sich bis auf die Unterwäsche ausziehen. Das unterstreicht, dass dies tatsächlich ein bewusster Akt von Staatsterror und Einschüchterung war.

Solch nackte Polizeibrutalität, die auf monatelange ähnliche Provokationen und Angriffe gegen Bambule-Unterstützer folgte, ist nicht nur Ausdruck der Fantasien des reaktionären Populisten Schill, sondern der hiesige Ausdruck des „Kriegs gegen Terror“ der SPD/Grünen-Regierung. Im Namen dieser Kampagne der Unterdrückung hoffen die SPD/Grünen- und auch die SPD/PDS-Regierungen, den Widerstand gegen ihre Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung und „abweichende“ Meinungen überhaupt zu unterdrücken. Dem muss mit entschlossenen Massenprotesten, die sich zentral auf die soziale Macht der Arbeiter stützen, entgegengetreten werden, Proteste gegen den Irak-Krieg, gegen die Razzien, gegen die Festnahmen und Abschiebungen und in Verteidigung aller unserer Rechte. **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit allen Anklagen und Disziplinarmaßnahmen gegen Schüler, Lehrer und Demonstranten!**

Die SAV (Sozialistische Alternative Voran), eine der Initiatoren von Jugend gegen Krieg, die für den Schülerstreik am 24. März mobilisierten, ist zur Zielscheibe einer schmutzigen antikommunistischen Kampagne auf den Seiten des *Hamburger Abendblattes* und der *taz* geworden. Diese Blät-

ter holen alte antikommunistische Klischees aus der Motenkiste, schimpfen über den „Missbrauch“ von Schülern und den von außen hereingetragenen „Einfluss“ sozialistischer Revolutionäre und Trotzlisten und versuchen diese als gefährlich zu verleumdern. Wir fordern: **Bürgerlicher Staat, Hände weg von der SAV!** Wir verurteilen diese antikommunistische Kampagne. Trotz unserer grundsätzlichen Differenzen mit der Politik der SAV wissen wir: **Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Für Gewerkschaftsmobilisierungen in Verteidigung von Antikriegsprotesten und der Linken gegen staatliche Angriffe!**

Es ist eine Tatsache, dass die SAV weder revolutionär noch trotzkistisch ist. Reformismus, wie ihn die SAV betreibt, entwaffnet die Arbeiterklasse politisch, weil er verschleiert, dass der kapitalistische Staat mit seinen Formationen bewaffneter Einheiten, seinen Gefängnissen und Gerichten, nichts anderes ist als das Instrument, mit dem die herrschende kapitalistische Klasse die Arbeiterklasse unterdrückt. In ihrer Erklärung „Wir lassen uns nicht spalten!“ (SAV-Online, 28. März), mit der sie gegen die antikommunistische Kampagne protestieren, sagt die SAV: „Wir haben in unzähligen Artikeln und durch unser praktisches Handeln auf Demonstrationen und Protesten immer wieder deutlich gemacht, dass wir mit autonomen Methoden individueller Gewalt nichts zu tun haben und diese der Bewegung nur schaden.“ Mit dem Finger auf die Autonomen zu zeigen nach Monaten staatlicher gewaltsamer Provokationen gegen die Unterstützer von Bambule ist ein ekelhafter Ausdruck des Opportunismus der SAV.

Bullen sind die rassistischen Büttel und Streikbrecher im Auftrag der Kapitalisten. Dagegen behauptet die SAV, dass die Bullen Arbeiter in Uniform seien! Welch reformistischer Müll diese Behauptung ist, zeigte sich nicht nur in den Angriffen auf die Schüler in Hamburg, sondern auch im Februar 2002, als das Münchener DGB-Haus, in dem eine antimilitaristische Veranstaltung stattfand, stundenlang von der Polizei belagert wurde. Ob bei der täglichen Terrorisierung von Immigranten, von Demos gegen den Krieg oder bei Einsätzen gegen Streikpostenkettens, die Polizei steht auf der anderen Seite der Klassenlinie und hat in der Arbeiterbewegung nicht zu suchen. **Polizei raus aus dem DGB!** ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiterin: Sylvia Kint

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Von Klassenkampf reden, Klassenkollaboration praktizieren

SAV unterminiert Kampf gegen imperialistischen Krieg

In den letzten Monaten sind Millionen in der ganzen Welt auf die Straße gegangen, um gegen den Krieg des US-Imperialismus gegen den Irak zu protestierten. Die Tatsache, dass so viele gegen diesen Krieg protestierten, ist sehr zu begrüßen. Dennoch haben diese Proteste die US- und britischen Imperialisten nicht davon abhalten können, das einseitige Abschlagen des irakischen Volkes durchzuführen. Im Gegensatz zu dem, was von den reformistischen Organisatoren dieser „Friedens“-demonstrationen behauptet wird, kann der Kampf gegen den Krieg nicht getrennt werden vom Kampf gegen das kapitalistische System, das die Ursache sowohl von kolonialen als auch von interimperialistischen Kriegen ist. Deshalb kann man kein gemeinsames „Programm gegen den Krieg“ mit den Verteidigern der kapitalistischen Ordnung aufstellen, seien es Sozialdemokraten oder offen bürgerliche Politiker wie die Grünen.

Die offiziellen Organisatoren der Antikriegsdemos appellieren an Schröder und Fischer, „alle politischen Mittel zu nutzen, um sich dem Krieg entgegenzustellen“, und den „Luftraum zu sperren“. Auf diese Weise stellen sie den deutschen Imperialismus – der von derselben Bourgeoisie beherrscht wird, die zwei Weltkriege startete und sechs Millionen Juden im Holocaust ermordete – als eine Kraft für den Frieden dar. Wie wir in unserem Mobilisierungsflugblatt für unser Kontingent bei der Antikriegsdemonstration am 15. Februar schrieben: „Die deutsche Bourgeoisie versucht, die Opposition gegen Krieg in der Bevölkerung – Ergebnis der Niederlage Deutschlands in zwei imperialistischen Weltkriegen und Ausdruck des Misstrauens gegenüber der SPD/Grünen-Regierung – mit aufsteigendem deutschen Nationalismus zu verschmelzen, Ausdruck des Strebens der deutschen herrschenden Kapitalisten, mit ihren Rivalen in den USA und Japan um die Aufteilung der weltweiten Rohstoffe und Einflussphären zu konkurrieren.“

Eine der Gruppen, die Antikriegsdemos organisiert, ist die Jugend gegen den Krieg, eine Organisation, die von der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) ins Leben gerufen wurde. Während die SAV die Politik der Organisatoren der Friedensbewegung teilt, gibt sie dieser ein etwas linkeres Gesicht. In ihrer Broschüre „Kein Krieg für Öl-Profit“ schreibt sie: „Die erfolgreichste Anti-Kriegs-Bewegung der Geschichte war die Oktoberrevolution in Russland, die dem Ersten Weltkrieg ein Ende setzte.“ In der Oktoberrevolution zerschlug die Arbeiterklasse die Herrschaft des Kapitals, indem sie die Staatsmacht eroberte. Der Schlüssel zum Erfolg der russischen Arbeiterklasse war ihre Führung: Die Bolschewistische Partei Lenins wurde in den vielen Klassen-schlachten geschmiedet, die der Oktoberrevolution vorangingen, und durch rücksichtslosen Kampf gegen die verschiedenen vorgeblichen Marxisten, die versuchten die Arbeiterklasse an ihre „eigenen“ kapitalistischen Herrscher zu ketten. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 verrieten die offiziellen Parteien der Zweiten Internationale und allen voran ihre führende Sektion, die SPD, die Arbeiterklasse, indem sie diese für die Kriegsziele ihrer eigenen Bourgeoisie mobilisierten. Lenin erklärte in *Sozialismus und*

Krieg (1915): „Einheit mit den Opportunisten bedeutet jetzt in der Praxis Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die ‚eigene‘ nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also Spaltung des revolutionären Proletariats aller Länder.“

Während des Irakkriegs kämpften wir international für die Verteidigung des neokolonialen Iraks gegen den Angriff der US-Imperialisten und ihrer Alliierten. Wir gaben dem Regime von Saddam Hussein keinerlei politische Unterstützung, denn dieses Regime schlachtete nationale Minderheiten, Arbeiter und Kommunisten ab. Die Verteidigung des Iraks hieß für uns Klassenkampf im eigenen Land gegen die herrschenden Kapitalisten in Deutschland, die hier Krieg gegen Immigranten und Arbeiter führen. Wir intervenierten in die Proteste gegen den US-geführten Krieg, indem wir unsere prinzipielle Opposition gegen den deutschen Imperialismus zum Ausdruck brachten mit Forderungen wie „Nieder mit dem rassistischen Staatsterror!“ oder der Forderung nach dem Abzug der Bundeswehr aus dem Balkan, Afghanistan und dem Nahen Osten. Es war die SPD/Grünen-Regierung, die 1999 das erste Mal, seit die Rote Armee 1945 das Nazi-Regime zerschlug, die Armee des deutschen Imperialismus in einen Krieg führte. Jetzt steht die blutige Bundeswehr als imperialistische Besatzungsmacht in drei Ländern des Balkans.

Die SAV beruft sich auf die Russische Revolution und gibt vor, in ihrer Tradition zu stehen. Sie fordert, dass der Kampf gegen den Krieg „Keine Anbiederung an SPD und Grüne, die selber Kriegsparteien sind und den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zuwider handeln!“ sein soll. Aber sich an SPD und Grüne anzubiedern ist genau das, was die SAV tut. Nur einen Absatz weiter argumentiert die SAV: „Das bedeutet nicht, dass Anti-Kriegs-Bündnisse ein antikapitalistisches Programm annehmen sollten.“ Die Grundlage solcher Komitees sollen unter anderem folgende Forderungen sein: „Stoppt den Krieg gegen den Irak – ob mit oder ohne UNO-Mandat; – Nein zu jeglicher direkter oder indirekter Beteiligung Deutschlands: Luftraum sperren, US-Militärbasen schließen; keine deutschen Soldaten in den AWACS-Flügen einsetzen; Bundeswehr aus Kuwait und vom Horn von Afrika abziehen; – Nein zur Diskriminierung von Menschen aus dem arabischen Raum und zu jeglichem Rassismus...“ Sie fahren fort: „Auf der Basis der Unterstützung solcher Forderungen, die eine eindeutig kritische Haltung zur Bundesregierung darstellen, sollten SPD- und Grünen-Mitglieder und -Gliederungen in Anti-Kriegs-Komitees willkommen sein.“

Warum fordert die SAV nicht den Abzug der Bundeswehr aus dem Balkan oder Afghanistan, wo die Truppenstärke der Bundeswehr viel größer ist als in der Golf-Region? Der Grund ist einfach. Nicht nur würde dies ihre Möchtegern-Partner von SPD und Grünen abschrecken, die die Besetzung des Balkans durch die Bundeswehr unterstützen und sich an dem „Krieg gegen den Terror“ beteiligen, indem sie im Bundestag dafür stimmten, die Bundeswehr nach

Fortgesetzt auf Seite 4

SAV...

Fortsetzung von Seite 3

Afghanistan zu schicken. Seit dem NATO-Krieg gegen Serbien hat die SAV nicht den Abzug der Bundeswehr aus dem Balkan gefordert (während sie wiederholt sagt: „Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr“), weil sie in der Mitte dieses Krieges den Schlachtruf der NATO nach „Selbstbestimmung für den Kosovo“ aufgriff (Vorán, Mai 1999)! Wir unterstützen das Recht der Kosovo-Albaner auf Selbstbestimmung, doch war diese Forderung während des Krieges untergeordnet der Verteidigung Serbiens – eines kleinen kapitalistischen Landes – gegen den NATO-Angriff. Ein Jahr später bejubelte die SAV die von den Imperialisten, unter führender Beteiligung Deutschlands, betriebene Ersetzung des Milosevic-Regimes durch Koštunica als „Revolution“.

Gegen den US-Imperialismus zu sein ist für die SAV einfach. Aber sie schürt Illusionen, dass der deutsche Imperialismus eine Kraft für den Frieden sein kann, und appelliert implizit an Schröder, gegen die USA vorzugehen, wenn sie fordert: „Luftraum sperren, US-Militärbasen schließen.“ Sie argumentiert: „Wenn heute Leute wie Schröder und Fischer in der Bewegung akzeptiert werden, gesteht man ihnen eine politische und moralische Autorität zu, die sie längst verspielt haben.“ Aber die SAV versucht selber die Autorität von Schröders und Fischers Parteien aufzupolieren, indem sie Sozialdemokraten und Grüne, die der Regierung „eindeutig kritisch“ gegenüberstehen, in den Antikriegskomitees willkommen heißen. An wen wenden sie sich hier? Sozialdemokraten wie Lafontaine oder Gysi oder der Grüne Ströbele hätten kein Problem damit, die von der SAV vorgeschlagene Liste von Losungen zu unterschreiben. Aber Lafontaine und Gysi sind alternative Strategen für den deutschen Imperialismus. Schon lange treten sie für eine Achse des französischen, deutschen und russischen Imperialismus als Gegengewicht zum US-Imperialismus ein. Ströbele stimmte für die Verlängerung der Bundeswehr-Besetzung Mazedoniens.

Der Opportunismus der SAV ist nichts Neues. Letztes Jahr hat sie bei der Bundestagswahl die PDS als eine „Friedens“partei unterstützt, auch wenn sie sich sehr wohl bewusst war, dass die PDS die Unterstützung der SPD/Grünen-Regierung versprochen hatte, falls diese notwendig wäre. Zu dieser Zeit hatte die PDS bereits in einer Koalition mit der SPD brutale Angriffe auf die Arbeiterklasse in Berlin durchgeführt und betrieb weiterhin eine rassistische Hexenjagd gegen Leute arabischer Herkunft oder mit muslimischem Hintergrund. Gleichzeitig werden in dem Abschiebeknast Berlin-Grünau Asylsuchende unter Bedingungen festgehalten, die an ein KZ erinnern und allein in diesem Jahr zu 31 Selbstmordversuchen führten. Die SAV trägt ihren kleinen Teil Verantwortung für diese Regierung.

Die SAV zieht die Russische Revolution nur aus dem Hut, um militantere Jugendliche über ihr reformistisches Programm zu täuschen. Es ist obszön, wenn die SAV sich als Verteidiger der Russischen Revolution aufspielt. Zu jedem Zeitpunkt, wo sich die Frage stellte, stand sie auf der Seite des Imperialismus und seiner sozialdemokratischen Agenten, die die verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution zerstören wollten. In der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas war die Kapitalistenklasse enteignet, waren die Produktionsmittel kollektiviert und es gab eine Planwirtschaft. Eine geplante Wirtschaft schafft die Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, weil die Produktion organisiert ist, nicht um den Profit zu maximieren, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft. Genau diese Errungenschaften haben wir in der Sowjetunion und den anderen deformierten Arbeiterstaaten bedingungslos verteidigt

trotz der Herrschaft einer parasitären stalinistischen bürokratischen Kaste.

Als 1989/90 in der DDR die Frage revolutionäre Wiedervereinigung oder kapitalistischer Anschluss auf der Tagesordnung stand, forderte die SAV in Riesenbuchstaben „SPD in die Offensive!“ (Vorán, Februar 1990) und „Für die Vereinigung BRD/DDR“ (Vorán Extrablatt, Februar 1990). Zu dieser Zeit war die SAV tief vergraben in Oskar Lafontaines SPD, die alles in ihrer Macht Stehende tat, um die kapitalistische Wiedervereinigung voranzutreiben. Im August 1991 stand die CWI (KAI), die Internationale der SAV, auf Jelzins Barrikaden in Moskau, wo die ersten Schüsse fielen zur Eröffnung der Konterrevolution, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat 1992 zerstörte.

Im schroffen Gegensatz zur SAV warfen wir alle unsere Ressourcen in die Schlacht gegen die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und zuvor in der DDR. Unsere Perspektive war es, authentisch revolutionäre Parteien wiederaufzubauen, um die existierenden Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erringen. Wir haben nicht gewonnen, aber die bitteren Ergebnisse des kapitalistischen Sieges – eine weitaus gefährlichere Welt von ungezügelter imperialistischer Ausbeutung und Krieg – machen die vor uns stehenden Kämpfe umso dringender und stählen unsere Entschlossenheit. Krimineller Weise half die SAV, mit ihren bescheidenen Mitteln, diese „unipolare“ Welt der ungebremsten imperialistischen Aggression zu schaffen, indem sie aktiv an der Seite des Imperialismus gegen die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten kämpfte.

Heute stellt sich die Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten in aller Dringlichkeit. Nordkorea steht weit oben auf Bushs Abschussliste „Achse des Bösen“. Zwar anerkennt die SAV Nordkorea als einen Staat, in dem der Kapitalismus gestürzt wurde, doch sie weigert sich Nordkorea zu verteidigen. Genauso weigert sie sich China zu verteidigen, indem sie zynisch behauptet, es sei schon kapitalistisch. Wir Trotzkiisten kämpfen für die *bedingungslose militärische Verteidigung* Chinas – sowie Nordkoreas, Vietnams und Kubas – gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Das schließt das Recht von Nordkorea ein, Atomwaffen zu entwickeln, weil es dadurch für die Imperialisten viel schwerer sein wird, anzugreifen. Wir kämpfen für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der verräterischen stalinistischen Bürokratien, die die Arbeiterstaaten unterminieren.

Die SAV verbreitet die Illusion, es könne friedlichen Kapitalismus geben. Sie fordert „Abrüstung jetzt“ und schlägt vor, die Kriegsproduktion in etwas Friedfertiges umzuwandeln, wie Schulbusse statt Panzer. Trotzki dagegen hob hervor:

„Der Krieg erfordert und schafft alle jene Waffen, die mit dem größten Erfolg den Gegner vernichten können. Der kleinbürgerliche Pazifismus, der im Entwurf der Abrüstung um 10%, 33% oder 50% den ‚ersten Schritt‘ zur Kriegsverhinderung sieht, ist gefährlicher, als alle Sprengstoffe und Giftgase...“ (Permanente Revolution Nr. 18, 3. Augustwoche 1932)

Also ist es der ununterbrochene Kampf der imperialistischen Staaten um die Aufteilung und Neuaufteilung der Weltmärkte, der unvermeidlich zu Kriegen führt, und deshalb gibt es den Rüstungswettlauf und die Rüstungsindustrie, die die Waffen produziert, die für diese Kriege gebraucht werden. Und es ist nicht so, wie die SAV uns glauben machen will, dass die Existenz von Waffen die sonst potentiell friedlichen deutschen Kapitalisten (ausgerechnet die deutschen!) zu Kriegsabenteuern verführen würde. Dazu passt auch die Losung ihrer Antikriegskomitees: „Arbeit und Bildung statt Rüstung und Krieg.“ Die SAV geht davon

Fortgesetzt auf Seite 22

LRP: Apologeten von arabischem Nationalismus

Die sinnlose Zerstörung von Dutzenden palästinensischen Geschäften mit Bulldozern der israelischen Armee am 21. Januar im Dorf Nazlat im Westjordanland war der jüngste Schritt der Scharon-Regierung bei ihrem Feldzug, selbst den Anschein von nationaler Existenz der Palästinenser zu beseitigen. Dieses Ziel wurde auf drastische Weise deutlich gemacht durch die massive zionistische Militäroperation im letzten Frühjahr, bei der die Armee – mit grünem Licht von den Paten der israelischen Herrscher in Washington – ein Massaker im Flüchtlingslager Dschenin verübte und in anderen Städten der Westbank Häuser, Krankenhäuser, Schulen und Wasser- und Abwasseranlagen zerstörte. Unter dem Deckmantel des kommenden US-geführten Krieges gegen den Irak könnten die israelischen Machthaber leicht das völkermörderische „Transfer“-programm durchführen – die zwangsweise Vertreibung der palästinensischen Massen aus „Großisrael“ –, für das viele von Scharons politischen Verbündeten offen eintreten.

Wie wir in der Erklärung der Spartacist League/U.S. zum Massaker in Dschenin geschrieben haben (*Spartakist* – Flugblatt, 4. April 2002): „Die internationale Arbeiterklasse muss dringend für die Verteidigung des palästinensischen Volkes gegen die militärische Terrormaschine der Zionisten mobilisieren.“ *Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Alle imperialistischen US/UN-Streitkräfte raus aus dem Nahen Osten! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Der bevorstehende US-geführte Krieg gegen den Irak könnte schnell zu neuen Ausbrüchen sozialer Unruhen in den arabischen Gesellschaften führen. Doch wenn solche Kämpfe zur Befreiung der Palästinenser, der arabischen Arbeiter, unterdrückter Frauen und der unzähligen nationalen und religiösen Minderheiten beitragen sollen, müssen internationalistische marxistische Arbeiterparteien geschmiedet werden, die unerbittlich gegen das Vertrauen in die bürgerlichen arabischen Regime oder in irgendeine Agentur der Imperialisten auftreten. Palästinenserführer Jassir Arafat wird heute von den israelischen Herrschern gejagt und ist ein Gefangener in den ausgebombten Überresten seines Hauptquartiers in Ramallah. Doch es war genau die kleinbürgerlich-nationalistische Politik von Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO), die dazu beigetragen hat, die Palästinenser in diese tragische und ausweglose Situation zu bringen.

Die Strategie des „bewaffneten Kampfes“, die von der

Verteidigt die Palästinenser!



Reuters

Israelischer Soldat bedroht Palästinenser; Siedlungen, Kontrollpunkte teilen besetzte Gebiete in Kleinghettos

nominelle Autonomie in einer Hand voll palästinensischer Ghettos in den besetzten Gebieten bekam, die dann von der zionistischen Besatzungsarmee zunehmend abgeriegelt und mit Hungerblockaden belegt wurden. In ihrer Verzweiflung haben sich die Palästinenser, die einst zu den kosmopolitischsten Völkern des Nahen Ostens gehörten, mehr und mehr den islamischen Fundamentalisten, z. B. der Hamas oder dem Islamischen Dschihad, zugewandt. Diese Gruppen sind schändliche antisemitische und antichristliche religiöse Fanatiker, die Frauen versklaven und jeden Ausdruck von sozialem Fortschritt ausmerzen wollen.

Trotzdem drängt eine selbst ernannte marxistische Gruppe, die League for the Revolutionary Party (Liga für die Revolutionäre Partei – LRP, in Deutschland Kommunistische Organisation für die Vierte Internationale – KOVI-BRD), palästinensische Aktivisten dazu, die kleinbürgerlich-nationalistische Politik wieder aufzugreifen, deren selbstmörderische Logik heute nur zu deutlich geworden ist. Die LRP behauptet, eine proletarische Perspektive anzubieten, und stellt die Forderung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens auf: „Der Weg zur Freiheit für die Palästinenser beginnt wirklich damit, die arabischen Arbeiterklassen in der Region von ihren bürgerlichen Herrschern zu befreien und einen revolutionären Kampf gegen die neokolonialen arabischen Machthaber zu beginnen“ (*Proletarian Revolution*, Frühjahr 2002). Doch alles, wofür die LRP eintritt, steht in offenem Gegensatz zu diesen Worten.

LRP: Nationale Einheit kontra Klasseneinheit

Die LRP weist höhnisch „Fantasien der Spartakisten von einer ‚arabisch/hebräischen Arbeiterrevolution‘“ zurück und damit kurzerhand auch jede Möglichkeit, die hebräi-

Fortgesetzt auf Seite 12

Europäische Hafenarbeiter im Kampf Nieder mit dem Port Package!

Am 10. März haben über 1000 Arbeiter der größeren Hafenfir- men in Hamburg an einem europaweiten Protest gegen das so genannte Port Package teilgenommen. Das Port Package besteht aus einer Reihe von der EU geplanter neuer Richtlinien, die alle europäischen Häfen betreffen. Ver.di, in der die Hafenarbeiter organisiert sind, spricht von drei hauptsächlichen Aspekten, aus denen die neuen Richtlinien bestehen. Der für die Arbeiter bedrohlichste Aspekt ist die so genannte „Selbstabfertigung“ der Schiffe, was bedeutet, dass alle Arbeit, die mit der Be- und Entladung von Schiffen (Container und Stückgut) zu tun hat, von der Schiffscrew gemacht werden kann. Arbeit, die bisher von Hafenarbeitern getan wurde, soll dann von Seeleuten übernommen werden. Das wäre ein riesiges Zugeständnis an die Bosse, da die meisten Seeleute nur einen Bruchteil des Lohns der gut organisierten Hafentarbeiter bekommen. Der zweite Aspekt des Port Package bedeutet „Liberalisierung“ und erlaubt mehr Wettbewerb zwischen den Hafenfir- men, der, wenn er nicht mit Gewerkschaftsorganisierungs- kampagnen bekämpft wird, eine weitere Aushöhlung des Hafentariflohns bedeutet. Der dritte Aspekt betrifft die Hafenfir- men und begrenzt die Dauer der Konzessionen, die sie für Hafenanlagen erwerben können.

Für ein Bündnis von Hafenarbeitern und Seeleuten

Der Protest im März war bereits der dritte, nach Pro- testen im Juni letzten Jahres und im Januar dieses Jahres. Das zeigt, dass die Gewerkschaftsbasis in Europa ziemlich sauer auf die Angriffe ist und nicht willens, sich mit einer Verschlechterung ihrer Lage abzufinden; sie könnte eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Kürzungspolitik der europäischen Regierungen, auch der von Schröder, spielen. Wir Spartakisten unterstützen die wichtigen und defensiven Aktionen gegen das Port Package, aber wir wenden uns auch gegen jeglichen Versuch, die Seeleute unter ausländischen Flaggen als Sündenbock hinzustellen, wie es mehrmals an- klang, als Gewerkschaftsbürokraten gegen „asiatische Sozi- alstandards“ hetzten. Was wir brauchen, ist ein Bündnis der Hafenarbeiter und Seeleute. Die Seeleute arbeiten harte, lange und schlecht bezahlte Schichten. Das Port Package würde ihnen sogar noch mehr Arbeit aufbürden. Stattdessen sollten die Hafenarbeiter ihnen helfen, höhere Löhne zu er- kämpfen. Um zu verhindern, dass sie von der EU gegen-

einander ausgespielt werden, müssen die Hafenarbeiter und Seeleute gemeinsam für höhere Löhne der Seeleute kämp- fen. Der jährlich eine Woche andauernde Boykott von Billigflaggenschiffen durch die ITF (Internationale Trans- portarbeiterföderation) erzielt für einige wenige Schiffe Tar- ifverträge und besseren Lohn. Diese Kampagne bedeutet für die betroffenen Seeleute eine Verbesserung und sollte so ausgedehnt werden, dass sie alle Seeleute auf der Welt be- trifft. Gewerkschaften müssen die unorganisierten Seeleute organisieren, wie auch die Hafentrucker, die nicht an den Hafentaktionen teilgenommen haben. Was wir brauchen, ist ein gemeinsamer Kampf, auch von den älteren (gut bezahl- ten) und den neu eingestellten jüngeren (schlechter bezahl- ten) Kollegen, für die bessere Bezahlung aller, was eine Riesenauseinandersetzung ist, seit die Gewerkschafts- bürokratie mitgeholfen hat, geringere Bezahlung für die neu Eingestellten einzuführen. Dafür brauchen wir eine klassen- kämpferische Gewerkschaftsführung, die mit der Klassen- zusammenarbeit Schluss macht.

Am 14. Juni 2002 fand der erste Protest gegen das Port Package statt. Er war europaweit, die wohl erste Aktion sol- chen Ausmaßes in Europa. 10000 Hafenarbeiter in ganz Europa nahmen daran teil. In Deutschland stellten Hafent- arbeiter in Brake, Bremerhaven, Emden, Lübeck, Norden- ham, Rostock und Wismar die Arbeit für mehrere Stunden ein. In Hamburg bestand der Höhepunkt des Protestes in einer gemeinsamen Kundgebung der Hafenarbeiter von Eurogate, HHLA und Gesamthafen, der drei größten Hafenfir- men in Hamburg, sowie kleinerer Delegationen der anderen Hafenfir- men, zusammen etwa 1000 Leute. Gegen Ende wurde die Kundgebung noch von Hamburger Uni- studenten besucht, mobilisiert von der Spartakist-Jugend bei dem damals stattfindenden Unistreich, um die Hafent- arbeiter in ihren Kämpfen zu unterstützen. Als sie eintrafen, wurden sie mit Applaus und Jubel begrüßt und eine Reihe von Arbeitern fing sofort an, mit ihnen zu diskutieren.

Dieser erste Protest wurde zum Teil von den Bossen toleriert, weil sie befürchteten, dass das Port Package mehr Konkurrenz von fernöstlichen Hafenfir- men bedeuten würde, die sich in Europa einkaufen könnten. Thomas Eckelmann, einer der Eurogate-Bosse: „Wenn die Gefahr besteht, dass wir von kapitalkräftigen asiatischen Inter- essenten aus unseren Terminals gedrängt werden, müssen wir alle Erweiterungsinvestitionen einstellen“ (*Hamburger Abendblatt*, 15. Juni 2002). Die Gewerkschaftsoberen haben dann das „gemeinsame Interesse“ von Bossen und Arbei- tern betont. Hamburgs ver.di-Chef Wolfgang Rose haute auf der Kundgebung vom 14. Juni in dieselbe Kerbe: „Wenn sich hier in Zukunft mächtige Kapitaleigner aus Hong Kong und Singapur einkaufen können, dann dauert es nicht mehr lange, bis asiatische Sozialstandards mit Tage- löhneri und Minibezahlung, mit Heuern und Feuern hier an Land gebracht werden“ (ver.di-Homepage). Danach änderte die EU das Port Package entsprechend den Bedürf- nissen der europäischen Kapitalisten. Sie verlängerten die Konzessionszeiträume für mehr „Investitionssicherheit“. Die darauf folgenden Aktionen wurden dann von den Bossen *nicht* mehr toleriert. Tatsächlich versuchten sie die Gewerkschaft unter Druck zu setzen. Mancherorts wurden Leute gedrängt, trotz der Arbeitsniederlegung weiter- zuarbeiten, ansonsten würden sie an einer illegalen Aktion teilnehmen und Konsequenzen fürchten müssen. Auf

Fortgesetzt auf Seite 29

SPARTAKIST 
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

150

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Revolutionäre Internationalisten in Aktion



Workers Hammer



Spartakist

15. Februar: Spartakist-Kontingente auf Antikriegsprotesten in London (links) und Berlin

IKL interveniert bei weltweiten Protesten

Bei den riesigen Protesten gegen einen Irakkrieg von New York bis Johannesburg und London stach die Internationale Kommunistische Liga hervor, weil sie Kontingente und Verkaufsteams mobilisierte, die mit einem Programm von proletarischem revolutionärem Internationalismus intervenierten. Im Gegensatz zu Pazifisten beziehen wir eine Seite und kämpfen für die Verteidigung des Iraks gegen den Angriff der Imperialisten, ohne jedoch dem Regime von Saddam Hussein, dem Schlächter von irakischen Linken, Arbeitern und Kurden, auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben. Wie wir in der IKL-Erklärung „Nieder mit der UN-Hungerblockade! Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!“ (*Spartakist-Extrablatt* vom 29. Oktober 2002), die in acht Sprachen übersetzt und auf den Protesten verbreitet wurde, unterstrichen haben:

„Die ungeheure militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten über den neokolonialen Irak – ein Land, das bereits ausgeblutet ist durch 12 Jahre andauernde UN-Sanktionen, die über 1,5 Millionen Zivilisten das Leben gekostet haben – unterstreicht die Bedeutung von *Klassenkampf* in den imperialistischen Zentren als dem Hauptmittel, der Forderung nach der Verteidigung des Iraks einen Inhalt zu geben. Jeder Streik, jede Arbeitermobilisierung gegen Kriegspläne, jeder Massenprotest gegen Angriffe auf Arbeiter und Minderheiten, jeder Kampf gegen Unterdrückung im eigenen Lande und gegen Angriffe auf Bürgerrechte erschwert das imperialistische Kriegstreiben. Um dem Krieg ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, muss das kapitalistische System, das Kriege hervorbringt, hinweggefegt werden durch eine Reihe von Revolutionen und durch die

Errichtung einer rationalen, geplanten, egalitären sozialistischen Wirtschaft im Weltmaßstab.“

Unsere Intervention unterschied uns klar von einem ganzen Spektrum selbst ernannter „Sozialisten“ sowohl in den USA – wo die Organisatoren der Proteste versuchen, den Widerstand gegen den Krieg in Unterstützung für führende Mitglieder der Demokratischen Partei, die angeblich gegen den Krieg sind, zu kanalisieren – als auch in ganz Europa, wo die Massenproteste gegen „Bushs Krieg“ in Richtung von nationalem Chauvinismus – d.h. die „eigenen“ Herrscher dazu zu bekommen, sich dem amerikanischen Imperialismus entgegenzustellen – kanalisiert werden. Das war besonders in Frankreich der Fall, wo sich die meisten Linken hinter dem neogaullistischen Regime von Jacques Chirac vereint und dessen Blockadehaltung gegenüber den USA im UN-Sicherheitsrat bejubelt haben. Die Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die Chirac Wahlunterstützung gegeben hat, gab eine Erklärung heraus mit der Aufforderung an „die französische Obrigkeit und das Parlament, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um den Krieg gegen den Irak zu stoppen“. Unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France haben in einem Flugblatt zur Mobilisierung für ein revolutionäres internationalistisches Kontingent bei der Demonstration in Paris diesen empörenden Betrug entlarvt:

„Die Wahrheit ist die, dass an den Händen der ‚französischen Obrigkeit‘ das Blut von Millionen Algeriern und Zehntausenden Vietnamesen und von anderen kolonialen Opfern klebt. Mit den Abkommen von Marcoussis, die unter den vorgehaltenen Gewehren von Tausenden französischen Soldaten und mit Unterstützung der UNO

Fortgesetzt auf Seite 8

IKL-Proteste...

Fortsetzung von Seite 7

den ‚Regimewechsel‘ in der Elfenbeinküste absegnen, bereitet die französische Regierung jetzt den Boden für ein Blutbad wie 1994 in Ruanda.“

Beifall für den französischen Imperialismus war bei Demonstrationen in ganz Europa zu finden und hallte auch bei den Protesten in den USA wider. Widerwärtigerweise rief Ahmed Ben Bella, der nach der Unabhängigkeit von Frankreich algerischer Präsident war, in einer Rede auf der Londoner Demonstration: „Vive la France!“ Ben Bella sollte mal versuchen, das vor der algerischen Bevölkerung in den Pariser Vorstädten zu rufen, die dem tödlichen rassistischen Terror des französischen Staats und von Le Pens faschistischer Front National gegenüber steht. Dass Le Pen seine Sturmabteilung aufgerufen hat, sich der Pariser Demo gegen den Krieg anzuschließen, ist Maß dafür, wie viel tödlicher Chauvinismus hinter den Appellen an die französische Bourgeoisie, den Krieg gegen den Irak zu „stoppen“, steckt.

In Frankreich und anderswo sind wir für die Verteidigung von Immigranten und ihren Familien eingetreten, die die ersten Ziele des „Kriegs gegen den Terrorismus“ waren, der für die imperialistischen Herrscher weltweit den Startschuss dafür gab, die Maschinerie der staatlichen Repression zu verstärken, die direkt auf das Herz der Arbeiterklasse zielt. In Athen, wo die Polizei Tränengas gegen die Demonstration einsetzte, haben unsere Unterstützer gegen den Chauvinismus von all den Linken gekämpft, die wie die Kommunistische Partei Griechenlands erklären, dass die Europäische Union, zurzeit unter griechischem Vorsitz, die entscheidende Stimme zum Krieg gegen den Irak haben sollte. Als Ausdruck von proletarischem Internationalismus haben wir die IKL-Erklärung in Griechisch und Türkisch verbreitet.

Die türkischsprachige Erklärung wurde auch bei den Großdemonstrationen in London und Berlin von unseren Genossen verbreitet. Türkische Arbeiter sind ein entscheidender und kämpferischer Bestandteil des Proletariats in Deutschland. Als ein kurdisches Kontingent in Berlin unsere Losungen gegen das EU-Verbot der kurdischen nationalistischen PKK hörte, die seit langem vom türkischen Staat brutal unterdrückt wird, gaben sie unserer Genossin ihr Megaphon, um ihre Sprechchöre anzuführen. In Frankreich, wo arabische Arbeiter ein strategischer und kämpferischer Bestandteil des Proletariats und ein wichtiges Bindeglied zu den arbeitenden und unterdrückten Massen in Nordafrika und dem Nahen Osten sind, trug unser Pariser Kontingent Plakate in arabischer Sprache, die sich gegen den rassistischen Staatsterror des „Vigipirate“-Feldzugs der Regierung richteten und zur Verteidigung der Palästinenser gegen den zionistischen Staatsterror aufriefen.

Unsere Kontingente und Interventionen haben auch international eine scharfe Klassenlinie gezogen mit unserem offenen Aufruf zur bedingungslosen militärischen Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats Nordkorea, einschließlich der Verteidigung von dessen Recht auf Atomwaffen. Auch dadurch haben wir uns gegen den Pazifismus und die Klassenzusammenarbeit der Organisatoren der Proteste gestellt. Ein Redner nach dem anderen hat gegen die nuklear bewaffneten Cowboys im Weißen Haus gewettert. Doch die Linken, die jetzt verschiedene „Antikriegs“-Koalitionen führen, haben ihren eigenen Beitrag zum Aufstieg des US-Imperialismus als der konkurrenzlosen Militärmacht der Welt geleistet, indem sie die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution unterstützt haben, die die ehemalige Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa zerstört haben. Die Sowjetunion, wenn auch bürokratisch

degeneriert und durch die Missherrschaft der Stalinisten unterminiert, verfügte über eine militärische Macht, die die Ambitionen des US-Imperialismus in Schach hielt. Jetzt sehen die amerikanischen Herrscher keine Hindernisse mehr für ihr rücksichtsloses Herumtrampeln auf dem ganzen Planeten.

Wir haben bis zum bitteren Ende für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gekämpft und haben alle Ressourcen, die uns zur Verfügung standen, in den Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution geworfen. Unser Ziel war es, das revolutionär-internationalistische Programm von Lenins und Trotzki's Bolschewistischer Partei durch eine proletarisch-politische Revolution gegen die verräterische stalinistische Bürokratie wieder zu verwurzeln. Heute setzen wir diesen Kampf mit unserer Verteidigung von China, Nordkorea, Kuba und Vietnam gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution fort. Im Gegensatz dazu nehmen die Linken, die auf der Seite der Imperialisten bei deren Feldzug zur Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa gestanden haben, heute eine „Antikriegs“-haltung ein, die kaum mehr als Schönfärberei der nationalen Interessen ihrer eigenen herrschenden Kapitalistenklasse ist.

Antiimperialismus nach außen heißt Klassenkampf im eigenen Land!

Von San Francisco bis London und Paris riefen die Banner unserer revolutionär-internationalistischen Kontingente zur Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre imperialistischen Herrscher im eigenen Land auf. Die Spartacist Group Ireland protestierte gegen den Einsatz der irischen Armee am Flughafen Shannon zum Schutz von US-Kampfflugzeugen vor Antikriegsdemonstranten und erklärte in einem Flugblatt vom 13. Februar: „Wirklich effektiv wären Streikaktionen von Flughafenarbeitern und der übrigen irischen Arbeiterbewegung gegen die Nutzung des Flughafens Shannon für den Transport von Kriegsmaterial und Truppen.“

Eine solche Aktion hatten schon 15 schottische Lokführer durchgeführt, die sich weigerten, Munition zu einem Waffendepot der NATO zu transportieren. Und erst vor kurzem haben in Italien Transportarbeiter-Gewerkschaften zusammen mit Anti-Kriegs-Aktivisten die Eisenbahnstrecke blockiert, die zum Transport von militärischer Ausrüstung nach Camp Darby benutzt wurde. In Australien hat die Gewerkschaft für Bau, Forstwirtschaft, Bergbau und Energie angekündigt, dass Bauarbeiter in Sydney sofort bei Ausbruch des Kriegs die Arbeit niederlegen werden. Auch die Führer von fünf großen britischen Gewerkschaften haben vor möglichen Aktionen in der Industrie beim Ausbruch eines Kriegs gewarnt.

Aber um einen wirklichen klassenkämpferischen Widerstand gegen diesen imperialistischen Krieg aufzubauen, braucht man ein Programm der kompromisslosen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von ihren „eigenen“ kapitalistischen Herrschern. Und das ist eindeutig nicht die Politik der Gewerkschaftsführer, die jetzt die Arbeiter zu Aktionen aufrufen. Ihre Beschwörungen des proletarischen Kampfes sollen vielmehr dazu dienen, einen parlamentarischen „Regierungswechsel“ im eigenen Land zu bewirken, wobei sie die Arbeiterklasse weiter an die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter in ihrer sozialdemokratischen Erscheinungsform gekettet halten.

Das wird am Fall der Rifondazione comunista (RC) in Italien deutlich, die von einem Generalstreik gegen den Krieg redet, während sie in einer Erklärung, die nach den Protesten vom 15. Februar herausgegeben wurde, klar macht, dass das wirkliche Ziel von RC ist, wieder eine Rolle in einer

„linken“ parlamentarischen Regierungskoalition zu spielen, wie sie es schon Mitte der 90er-Jahre tat. RC erklärt: „Lasst die Argumente für Frieden und Demokratie im Parlament gewinnen, so wie sie schon im ganzen Land gewonnen haben. Nehmt die Verantwortung an, den Willen der Mehrheit der italienischen Bürger zu vertreten. Lasst unser Land wieder eine positive Rolle spielen und gebt ihm seine soziale Würde zurück.“

Mit orthodoxem Gestus wird in einem Artikel in *Proposta* (Januar 2003), der Zeitung des gleichnamigen zentristischen Haufens unter Führung von Franco Grisolia, erklärt, dass es die Aufgabe der Arbeiterklasse „ist, den Irak gegen die imperialistische Schlächtereie zu verteidigen“, und dass es „die Aufgabe von Revolutionären war und ist, dem imperialistischen Krieg den Klassenkrieg und eine revolutionäre Perspektive entgegenzustellen – der einzige Weg, allen Kriegen ein Ende zu bereiten, und auch der einzige Weg, dem Gesellschaftssystem Kapitalismus, das Kriege ausbrütet, ein Ende zu bereiten“. Nirgendwo im Artikel wird die Notwendigkeit für das Instrument zur Umsetzung einer solchen Perspektive erwähnt – eine revolutionäre Partei. Das ist kaum überraschend, wenn man bedenkt, dass Proposta es sich schon seit langem als loyale Opposition in RC bequem gemacht hat. Wie Lenin während der Feuerprobe des Ersten Weltkriegs in *Sozialismus und Krieg* schrieb: „Einheit mit den Opportunisten bedeutet jetzt *in der Praxis* Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die ‚eigene‘ nationale Bourgeoisie ... also *Spartakung* des revolutionären Proletariats aller Länder.“

Auf ähnliche Weise deckt die reformistische und zentristische Linke in Britannien den Sozialchauvinismus und Parlamentarismus der Gewerkschaftsspitzen und Sozialdemokraten der Labour Party ab. Dass am 15. Februar in London bis zu zwei Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind, ist ein krasses Maß für den wachsenden Hass auf Premierminister Tony Blair von „New Labour“, der wegen seiner treuen Dienste für den US-Imperialismus allgemein besser als „Bushs Pudel“ bekannt ist. Links redende Gewerkschaftsführer, auch „die komische Truppe“ genannt, die hinter den Aufrufen zu Arbeiteraktionen stehen, gehörten zu den prominenten Rednern auf der Bühne. Doch diese riesige Mobilisierung soll jetzt dazu benutzt werden, die wachsende Opposition zur Labour Party in ... die Labour Party zurück zu kanalisieren!

Nach der Demonstration vom 15. Februar hat die vom „linken“ Labour-Abgeordneten Jeremy Corbyn gebildete Vereinigung „Labour gegen den Krieg“ eine Massenkampagne initiiert, um Gewerkschafter, Anti-Kriegs-Aktivistinnen und andere aufzufordern, wieder in die Labour Party einzutreten und „eine Labour-Regierung zurückzubringen, die Diplomatie und Entwicklung und nicht Bomben in der Suche nach einer Konfliktlösung einsetzt“. Mick Rix, Führer der Eisenbahnergewerkschaft ASLEF, bekam tosenden Applaus von der Menge, als er von der Aktion von Mitgliedern seiner Gewerkschaft in Schottland sprach, die sich geweigert hatten, Rüstungsgüter zu transportieren. Doch genau wie Corbyn fordert Rix „alle Gewerkschafter [dazu auf], der Labour Party beizutreten und für eine Politik zu kämpfen, die den Frieden und unsere öffentlichen Dienstleistungen in den Vordergrund stellt“.

Diese Labour-„Linken“ greifen alle auf die „echte Labour Party“ zurück. Doch worauf beziehen sie sich eigentlich? Die Labour Party, die mit den Tories unter Churchill eine Koalition einging, um die Interessen des britischen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg zu verfolgen, einschließlich der schonungslosen Unterjochung des kolonialen Indiens? Die Regierung von Clement Atlee nach dem Zweiten Weltkrieg, die britische Truppen und Bomber einsetzte, um über drei Millionen Menschen im Koreakrieg niederzumetzeln? Die Regierung von Harold Wilson, die

1969 britische Truppen nach Nordirland schickte? Die Regierung von James Callaghan, die Ende der 70er-Jahre den kämpferischen britischen Gewerkschaften den „Sozialkontrakt“ aufzwang, der drastisch die Löhne drückte, und eine rassistische Immigrationspolitik durchsetzte, zu der z.B. Jungfräulichkeitstests für asiatische Frauen bei ihrer Ankunft in Britannien gehörten?

Die Labour Party hat immer den Interessen des britischen Imperialismus gegen die Arbeiterklasse im eigenen Land und gegen arbeitende und unterdrückte Menschen in anderen Ländern gedient. Die jetzige massive Unzufriedenheit mit der Blair-Regierung bei den Gewerkschaftsmitgliedern bietet eine wirkliche Öffnung, um die proletarische Basis der Labour Party von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen (nicht nur von Blair, sondern auch von den so genannten Labour-„Linken“). Das ist eine strategische Aufgabe bei der Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei in Britannien.

Innerhalb von Tagen hat sich die reformistische und zentristische Linke bei den Protesten gegen den Krieg in eine Kampagne „Schmeißt Blair raus!“ gestürzt, wie die Socialist Workers Party (SWP) in der Schlagzeile ihrer Zeitung *Socialist Worker* (22. Februar) erklärte. Eine der lupenreineren Erklärungen dafür, was hinter dem Aufruf der Labour-Bürokraten zu „Arbeiteraktionen“ steht, enthält der Artikel unter dem Titel „Wir können einen Regierungswechsel in Britannien herbeiführen“: „Jetzt müssen wir für so viel Aufruhr sorgen, dass Blair aus dem Amt gezwungen wird.“ Im Grunde ist das ein Aufruf, Blair durch seinen Schatzmeister (Finanzminister) Gordon Brown, seinem Haupttrivalen im Kabinett, zu ersetzen.

Die zentristische britische Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) – deren radikale Phrasendrescherei im Cyberspace es mit ihrem feigen Opportunismus in der Praxis aufnehmen kann – greift die zunehmende Arbeiteropposition gegen den Krieg in Europa auf und erhebt die Forderung nach einem „globalen Generalstreik“. Als die zentristische Independent Labour

Fortgesetzt auf Seite 10



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Hamburg

Lenin und Luxemburg lehrten es: Brecht mit SPD und PDS

Mittwoch, 30. April, 18.30 Uhr

**Mobilisiert die Macht der Gewerkschaften, um
Immigranten, Bambule und alle Unterdrückten
gegen staatliche Repression zu verteidigen!**

Mittwoch, 21. Mai, 18.30 Uhr

Für das Recht Nordkoreas auf Atomwaffen!

Mittwoch, 11. Juni, 18.30 Uhr

**Pazifismus entwapnet die Arbeiter, nicht die
Bourgeoisie! Für eine revolutionäre,
multiethnische Arbeiterpartei!**

Treff: Universität Hamburg,
vor der Teestube im Pferdestall,
Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44

IKL-Proteste...

Fortsetzung von Seite 9

Party (ILP) 1935 zu einem Generalstreik gegen den Krieg aufrief, erwiderte der bolschewistische Führer Leo Trotzki in „The ILP and the Fourth International“ [Die ILP und die Vierte Internationale]: „Es ist vergleichsweise leicht, eine ‚revolutionäre‘ Haltung zur Frage des Kriegs einzunehmen; aber es ist extrem schwierig, aus dieser Haltung **alle notwendigen theoretischen und praktischen Schlussfolgerungen** zu ziehen.“ Trotzki bemerkte weiterhin: „Ein Generalstreik kann als ein Mittel gegen die Mobilmachung und den Krieg nur in dem Fall auf die Tagesordnung gestellt werden, dass die gesamten vorhergehenden Entwicklungen im Land die Revolution und den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung gestellt haben.“ Und er fügte hinzu: „Ein Generalstreik ohne einen siegreichen Aufstand kann nicht ‚den Krieg stoppen‘“.

Workers Power gibt leeres Geschwätz von sich über einen Generalstreik, der jedes Land auf diesem Planeten umfassen soll. Aber ein Generalstreik wirft die Frage auf, welche Klasse herrschen soll. Und damit diese zu Gunsten des Proletariats gelöst wird, braucht es eine leninistisch-trotzkistische Partei, die für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiterklasse kämpft. Solch eine Partei kann nur dadurch aufgebaut werden, dass die Arbeiterbasis von Labour von den sozialdemokratischen Führern gebrochen wird, einschließlich und insbesondere von denjenigen, die als „Linke“ posieren. Und genau das weist Workers Power zurück.

Workers Powers praktische Schlussfolgerung besteht in dem Versuch, linke Jugendliche und Arbeiter an Labours „linke“ Parlamentsabgeordnete [Members of Parliament, MP] zu ketten, die wie Jeremy Corbyn gerade die Kampagne führen, die Labour Party von Blair „zurückzufordern“ und sie in eine „Friedenspartei“ zu verwandeln. Im gleichen Artikel, der zu einem „globalen Generalstreik“ aufruft, erklärt Workers Power: „Wir können und müssen an der Seite der reformistischen linken MP's und Gewerkschaftsführer marschieren, wenn sie ihre Organisationen zu Aktionen mobilisieren, aber wir dürfen unsere Strategie nicht auf das zurechtstutzen, was sie tolerieren. Wenn wir das täten, würde der militante linke Flügel dieser Bewegung nicht wachsen

und der kompromittierende rechte Flügel würde nicht seinen Einfluss darauf verlieren, was aber genau notwendig ist“ (Workers Power Global Week, 23. Februar). Für Workers Power, Mitglied der „Stoppt-den-Krieg-Koalition“, bedeutet das in der Praxis Einheit mit Leuten wie Corbyn. Solche Einheit läuft darauf hinaus, die Arbeiterklasse dem rassistischen proimperialistischen Labourismus und somit ihrer eigenen Bourgeoisie untergeordnet zu halten; es bedeutet, die internationale Arbeiterbewegung entlang nationaler Linien zu spalten.

Für proletarisch-revolutionären Internationalismus!

Tatsächlich hat Workers Power nur wenige Monate zuvor einen expliziten Appell an genau die europäischen Regierungen gerichtet, gegen die sich Arbeiterstreiks richten sollten. Letzten Herbst unterschrieb Workers Power zusammen mit RC, der SWP, der LCR und anderen einen Aufruf, der an die europäischen bürgerlichen Herrscher appellierte, sich gegen den US-Imperialismus zu stellen:

„All jene, die für Solidarität mit dem Volk des Irak eintreten, finden im Weißen Haus kein Gehör. Aber wir haben die Chance, die Regierungen Europas zu beeinflussen, von denen sich etliche bereits gegen diesen Krieg erklären. Wir fordern alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus, unabhängig davon, ob die UNO ihn am Ende billigt oder nicht! Fordern Sie von George W. Bush, auf seine Kriegspläne zu verzichten.“

Anders als Workers Power, die bedeutungslose Proklamationen für einen „globalen Generalstreik“ herausgeben, versuchen Marxisten in Arbeiteraktionen gegen den drohenden Krieg zu intervenieren, um das Bewusstsein des Proletariats zu heben, damit es zu dem Verständnis kommt, dass es die Macht hat, das System der kapitalistischen Ausbeutung und des imperialistischen Raubs durch sozialistische Revolution loszuwerden. Kämpfer, die in Aktionen gegen den Krieg engagiert sind, sollten diese in einen Kampf gegen den Kapitalismus selbst ausdehnen.

Die Organisatoren der Proteste in Berlin haben offen gefordert, dass die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und seinem grünen Außenminister Joschka Fischer „alle politischen Mittel nutzt, sich diesem Krieg entgegenzustellen“. Die Welt steht zweifellos auf dem Kopf, wenn das Vierte Reich des deutschen Imperialismus als eine Hauptkraft für den „Frieden“ dargestellt wird. Wie wir von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) in unserem Mobilisierungsflyerblatt für unser Kontingent geschrieben haben: „Die deutsche Bourgeoisie versucht, die Opposition gegen Krieg in der Bevölkerung – Ergebnis der Niederlage Deutschlands in zwei imperialistischen Weltkriegen und Ausdruck des Misstrauens gegenüber der SPD/Grünen-Regierung – mit aufsteigendem deutschen Nationalismus zu verschmelzen, Ausdruck des Strebens der deutschen herrschenden Kapitalisten, mit ihren Rivalen in den USA und Japan um die Aufteilung der weltweiten Rohstoffe und Einflussphären zu konkurrieren.“

Rolf Becker, ein prominentes ver.di-Mitglied aus Hamburg, nahm sich in seiner Rede auf der Berliner Demonstration die DGB-Führung vor: „Aber wir müssen die DGB-Führung daran erinnern, daß sie beim Krieg gegen Jugoslawien am ersten Tag uneingeschränkt ja zum Krieg gesagt hat... Ist das Nein heute nur ein Nein, solange die Regierung nein sagt?“ Die SPD/Grünen-Regierung hat sich an der Bombardierung Serbiens 1999 beteiligt und die Bundeswehr auf den Balkan marschieren lassen – das erste bedeutende Militärkontingent, das seit der Nazizeit ins Ausland geschickt wurde. Außerdem hat sie Truppen als Teil der imperialistischen Besatzungsarmee nach Afghanistan

Abonniert!

**Zeitung der
Ligue trotskyste
de France**

**4 Ausgaben
€ 4,50**

enthält *Spartacist*
(französische Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Femmes et Révolution

**Nigéria: une femme
condamnée à être
lapidée à mort**



LE BOLCHEVIK

Troupes françaises, hors de Côte d'Ivoire!

**Défense de l'Irak
contre l'attaque impérialiste!**



**Pour un parti ouvrier
révolutionnaire multinationnel!**

geschickt. Wie wir in unserem Flugblatt erklärten: „Schröder und Fischer sind Balkanschlächter! Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan und Nahost! Keinen Mann, keinen Cent für diese imperialistische Armee!“

Die linken Gruppen, die jetzt in den pazifistischen Chor von „give peace a chance“ einstimmen, haben während des US-geführten NATO-Kriegs gegen Serbien 1999 ganz andere Töne angeschlagen. Damals hieß es: „Gebt dem Krieg eine Chance“, indem sie an ihre imperialistischen Herrscher appellierten, „Menschenrechte“ und „Demokratie“ auf den Balkan zu bringen. Die französische LCR und Alex Callinicos, ein führendes Mitglied der britischen SWP, unterschrieben eine Erklärung, in der offen eine imperialistische Militärintervention im Kosovo gefordert wurde. Sie waren lediglich dagegen, dass der US-Imperialismus die Führung übernimmt, und forderten stattdessen, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder die Vereinten Nationen die Schirmherrschaft übernehmen. Was Workers Power und ihre Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale angeht, so haben diese die albanischen Separatisten im Kosovo unterstützt, die damals die Schachfiguren des US-Imperialismus waren. Workers Power hat sogar eine Veranstaltung mitgesponsert mit Rednern aus Bosnien und dem Kosovo, die für die NATO waren, und sie haben sich in London unter der Losung „Arbeiterhilfe für Kosovo“ an einer Demonstration beteiligt, die voll war von NATO-Fahnen und von Plakaten, die schrien: „NATO, just do it.“

In Australien kämpften die sozialdemokratische Linke und die Gewerkschaftsbürokraten 1999 für einen Einmarsch von Truppen des australischen Imperialismus in Osttimor. Bei den Protesten am 15. Februar trug die Spartacist League/Australia, die von Anfang an gegen diesen Einmarsch eingetreten ist, ein Banner, das forderte: „Australisches Militär raus aus dem Persischen Golf, Osttimor! Hände weg von Indonesien! Verteidigt Irak gegen imperialistischen Angriff von USA/UNO/Australien!“ In Britannien haben wir prominent die Forderung nach dem Abzug der britischen Armee aus Nordirland getragen, während die Organisatoren der Proteste Mo Mowlam, der früheren Nordirland-Ministerin von Labour, die die britische Armee 1997 für die Okkupation des katholischen Stadtteils Portadown eingesetzt hat, einen prominenten Platz als Podiumsrednerin eingeräumt haben. In Kanada haben unsere Genossen die Forderung nach „Unabhängigkeit für Quebec!“ aufgestellt und gegen den englisch-kanadischen Chauvinismus der NDP-Sozialdemokraten gekämpft.

Es ist wichtig, dass Millionen Menschen gegen den Krieg gegen den Irak protestiert haben. In New York wurde es Demonstranten per Gerichtsbeschluss verboten, zu marschieren, und die ganze Innenstadt wurde durch den „Terrorismus“-Alarmzustand der Bush-Regierung buchstäblich in eine Besatzungszone der Polizei verwandelt. Dennoch haben Hunderttausende dem getrotzt und sind auf die Straße gegangen, um ihre Opposition gegen den Krieg zu zeigen. In San Francisco haben die SL/U.S., die Spartacist Youth Clubs und die Labor Black League for Social Defense ein revolutionär-internationalistisches Kontingent mit folgenden Losungen organisiert: „Für Klassenkampf gegen die kapitalistischen US-Herrscher! Verteidigt den Irak gegen imperialistischen Angriff! Nieder mit der UN-Hungerblockade!“

Unserem Kontingent, das aus mehr als 100 Leuten bestand, schlossen sich eine Reihe von Jugendlichen an, die von unseren Plakaten und Sprechhören angezogen wurden, mit denen wir deutlich machten, dass man mit den Demokraten, der zweiten kapitalistischen Partei von Krieg und Rassismus, brechen und einen revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System führen muss. Das Kontingent



Le Bolchévik

Paris, 15. Februar, Banner der LTF: Verteidigt Irak gegen imperialistischen Angriff! Nieder mit der rassistischen Terrorkampagne! Klassenkampf gegen die französischen Kapitalisten!

stoppte am Eingang des Kundgebungsplatzes, wo unsere leuchtend roten Fahnen mit dem internationalistischen Symbol Hammer und Vier von allen Vorbeikommenden gesehen und unsere Losungen gehört werden konnten. Das war den Organisatoren der Demonstration von ANSWER, dem Instrument der Workers World Party (WWP) zur Klassenkollaboration, peinlich. Die WWP hatte Angst davor, irgendwelche Forderungen aufzustellen, die vielleicht ihre bürgerlich-liberalen Bündnispartner abstoßen könnten, die der Meinung sind, dass ein Krieg gegen den Irak *im Moment* nicht im Interesse des US-Imperialismus ist. Ordner von ANSWER haben erfolglos versucht, unsere Sprechhöre zu unterbrechen und uns von den anderen Demonstranten zu isolieren, indem sie gelbes Sicherheitsband mit dem Schriftzug „Vorsicht“ vor unser Banner und unseren Literaturisch gehalten haben. Es ist klar, dass diese Pseudosozialisten die Ansichten von Revolutionären unterdrücken wollen, während sie gleichzeitig sicherstellen, dass ein Demokrat nach dem anderen auf der offiziellen Rednertribüne erscheint.

Die Möchtegern-Linken machen viel Gewese um ihre Rolle beim Aufbau der breiten „Einheit“ der Antikriegsbewegung. Doch wie James Burnham, ein Führer der Workers Party, der damaligen trotzkistischen Organisation in Amerika, in seiner 1936 erschienenen Broschüre „War and the Workers“ [Der Krieg und die Arbeiter] argumentierte:

„Daher ist es eine tödliche Illusion, anzunehmen, dass Revolutionäre ein gemeinsames Programm gegen Krieg mit Nicht-Revolutionären ausarbeiten können. Jede Organisation, die sich auf ein solches Programm gründet, ist nicht nur machtlos, Krieg zu verhindern, sondern trägt in Wirklichkeit dazu bei, Krieg zu fördern, weil sie sowohl auf ihre Weise der Aufrechterhaltung des Systems dient, das Kriege hervorbringt, als auch die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder vom wirklichen Kampf gegen den Krieg ablenkt. Es gibt nur *ein* Programm gegen den Krieg: das Programm *für* Revolution – das Programm der revolutionären Partei der Arbeiter.“

Die IKL hat sich der Schmiedung der Weltpartei der sozialistischen Revolution, die die Geißel des kapitalistischen Imperialismus weltweit ausmerzen kann, verschrieben.

Nach Workers Vanguard Nr. 798, 28. Februar 2003

Demonstrationen waren von Antisemitismus durchsetzt und zu einem großen Teil von islamischen Fundamentalisten dominiert. Die LRP erkennt diese Gefahr kaum an, räumt aber ein, dass einige arabische Arbeiter sich „reaktionären klerikalen Führern, einer weiteren Sackgasse, zugewendet haben“.

Das Ziel von Marxisten ist es, die Kampfachse zu verschieben, so dass nicht Israelis gegen Araber stehen, sondern Klasse gegen Klasse. Wir stimmen mit dem bolschewistischen Führer W.I. Lenin überein, der geschrieben hat:

„Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so ‚gerecht‘, ‚sauber‘, ‚verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus“ (*Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage*, 1913).

Anstatt das Proletariat zu einer politischen Perspektive der Klassenunabhängigkeit zu gewinnen, begeistert sich die LRP für die Notwendigkeit einer „Einheit aller Palästinenser im Kampf“ und für „vereinten arabischen Massenkampf“. Das ist ein Rezept für die Einheit der arabischen Arbeiter und Bauern mit den Öl-Scheichs und bonapartistischen Despoten, für die Einheit von linken palästinensischen Aktivisten mit den mörderischen Reaktionären von der Hamas und dem Islamischen Dschihad. Es dient dem Zweck der arabischen Herrscher, die sich lange das Einheitsbedürfnis gegenüber dem „zionistischen Gebilde“ zunutze gemacht haben, um die Wut von denen, die sie unterdrücken, auf einen äußeren Feind abzulenken.

Sind die gesamten USA „besetztes Gebiet“?

Die LRP verneint explizit die nationalen Rechte des hebräischsprachigen Volkes und unterstützt die Forderung von radikalen arabischen Nationalisten und Islamisten: „Ganz Israel ist ‚besetztes Gebiet!‘“ Als Polemik gegen die Position der LRP schrieben wir in dem Artikel „Zionistisches Blutbad in Dschenin“ (*Spartakist* Nr. 147, Frühjahr 2002):

„Die Doktrin, dass eine Unterdrückernation ihr Recht auf Selbstbestimmung verwirkt habe, hat nichts mit Sozialismus oder Demokratie zu tun; es ist die Ideologie des völkermörderischen Irredentismus [Anschluss an das Mutterland]. Der zionistische Staat wurde geschaffen, indem die nationalen Rechte der Palästinenser mit Füßen getreten wurden. Aber die Sicherstellung der nationalen Rechte der Palästinenser bedeutet *nicht*, die Unterdrückungsbedingungen umzukehren und dem hebräischsprachigen Volk die demokratischen Rechte zu verweigern. Grundlegend für die leninistische Position zur nationalen Frage – die einzig konsequent demokratische Position – ist, dass alle Nationen ein Recht auf Selbstbestimmung haben.“

Als Antwort darauf erhob die LRP ein Zetergeschrei, dass wir „in einem Wort Zionisten“ seien, und betonte, dass „Leninisten ohne zu zögern die Rechte der Unterdrückten gegenüber den Unterdrückern unterstützen“ (*Proletarian Revolution*, Frühjahr 2002). Leninisten verteidigen ohne zu zögern kleine, abhängige Nationen in einem militärischen Konflikt mit imperialistischen Ländern. Und wir stellen uns ohne zu zögern gegen jede Art von Unterdrückung und Diskriminierung – ob national, rassenbedingt, sexuell oder religiös. Doch wir erheben deswegen nicht die Unterdrückten in das Pantheon der „fortschrittlichen Völker“, die Rechte haben, im Gegensatz zu „reaktionären Völkern“, die keine Rechte haben. Wenn ganz Israel „besetztes Gebiet“ ist, was sind dann die USA? Die zionistischen Grausamkeiten verblassen im Ver-

gleich zur Brutalität und zu den Gemetzeln, womit die Begründer und Herrscher von Amerika ganze eingeborene Völker ausgelöscht haben. Warum stellt die LRP nicht die Losung auf: „Die ganzen Vereinigten Staaten sind besetztes Gebiet!“?

Die LRP täte gut daran, zur Kenntnis zu nehmen, was Lenin 1914 in seiner Broschüre *Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen* tatsächlich geschrieben hat. Dort erklärt er: „Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des *Rechts* auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation *irgend etwas auf Kosten* einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten.“ Das war die Politik von Lenin sowohl vor als auch nach der bolschewistischen Revolution von 1917, die das zaristische Völkergefängnis zerschlagen hat. Lenins Ziel war es, die nationale Frage von der Tagesordnung zu nehmen und die Klassenfrage in den Vordergrund zu bringen. Er kämpfte unermüdlich gegen jede Form von großrussischem Chauvinismus und verteidigte gleichzeitig das Recht *aller* Nationen auf nationale Selbstbestimmung – d. h. das Recht, ihren eigenen Staat zu gründen –, auch unter proletarischer Herrschaft.

Normalerweise ist das Recht auf Selbstbestimmung einer Unterdrückernation eine rein akademische Frage. Doch im Falle zweier geographisch vermischter Völker – wie in Israel/Palästina, wo palästinensische Araber und hebräischsprachige Israelis auf demselben kleinen Landstreifen leben und diesen für sich beanspruchen – wird die nationale Selbstbestimmung einer der Bevölkerungen unter dem Kapitalismus notwendigerweise zum Nachteil des anderen Volkes sein. In solchen Fällen kann nur die sozialistische Revolution eine demokratische Lösung der nationalen Frage bringen, weil nur das Proletariat an der Macht ein Interesse daran hat, die nationalen Antagonismen aufzulösen, und nur das Proletariat die materielle Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung aller Völker schaffen kann, was zur Errichtung einer globalen kommunistischen Gesellschaft führen wird.

Man kann sich zum Beispiel ansehen, wie die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution mit dem Kaukasus umgegangen sind – ein Flickenteppich von Nationalitäten und vernationalen Gruppierungen, der seit Jahrhunderten von

Fortgesetzt auf Seite 14



Reuters

Freiheit für Mordechai Vanunu! Israelischer Techniker sitzt im Knast wegen Aufdeckung von Israels Atomwaffenarsenal. Hier 1985 auf Demo für palästinensische Rechte in Beersheba

Apologeten...

Fortsetzung von Seite 13

ethnischen Konflikten geplagt wurde. Die Bolschewiki haben den verschiedenen Nationen der Region nicht nur das Recht gewährt, ihren eigenen unabhängigen Staat zu bilden. Sie haben außerdem eine Reihe von administrativen Lösungen entwickelt, die sogar winzigen ethnischen Gruppierungen ein gewisses Maß an lokaler Autonomie erlauben. Auf diese Weise hat die Arbeiterrevolution den ethnischen Kriegen ein Ende bereitet. Dies vergleiche man mit der LRP, die dem hebräischsprachigen Volk selbst im Rahmen der proletarischen Staatsmacht nur das folgende „Recht“ anbietet: „Israelis, die nicht in einem palästinensischen Arbeiterstaat leben wollen, werden das Recht haben zu gehen.“

Beim Versuch, das zu verteidigen, was man nicht verteidigen kann, macht die LRP deswegen von Lügen und Entstellungen Gebrauch. In der jüngsten Ausgabe von *Proletarian Revolution* (Herbst 2002) behauptet die LRP, dass wir gegen das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge sind. Sie nimmt auch ein Motiv aus ihrem früheren Artikel wieder auf und setzt die hebräischsprachige Nation mit dem zionistischen Staat gleich und behauptet dann, dass wir „den Erhalt Israels verteidigen“. Bevor wir diese Lügen entlarven, müssen wir zuerst die absichtliche Verwirrung der LRP entwirren. Für Marxisten ist eine Nation ein Volk mit einer gemeinsamen Sprache, Kultur und politischen Ökonomie. Ein Staat ist ein Instrument organisierter Gewalt – hauptsächlich Armee, Polizei und Gefängnisse –, durch das eine bestimmte Klasse ihre Herrschaft aufrechterhält. Der israelische kapitalistische Staat ist nicht nur der Feind der Palästinenser, sondern vor allem der Feind der Arbeiter in Israel – ob hebräisch oder arabisch. In eben dem Artikel des *Spartakist* Nr. 147, den die LRP angreift, schrieben wir:

„Die nationale Emanzipation der Palästinenser – einschließlich des Rechts aller Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, in ihre Heimat zurückzukehren – erfordert notwendigerweise Arbeiterrevolutionen, um das haschemitische Königreich Jordanien und die blutigen ba'athistischen Bonapartisten in Syrien hinwegzufegen, die kapitalistischen Herrscher des Libanons zu stürzen und den zionistischen Staat zu zerschlagen, und die Errichtung ei-

ner sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.“ [Hervorhebungen hinzugefügt]

Leninismus kontra kleinbürgerliche Linkstümelei

Wir berufen uns auf die palästinensischen Trotzlisten der 40er-Jahre, die gegen alle Widrigkeiten dafür gekämpft haben, den nationalistischen Konflikt zu überwinden und arabische und hebräische Arbeiter im gemeinsamen Kampf zu vereinen. Sie sind gegen die zionistische Teilung Palästinas eingetreten und erklärten während des arabisch-israelischen Krieges 1948: „Der einzige Weg zum Frieden zwischen den zwei Völkern dieses Landes ist es, wenn man die Gewehre gegen die Anstifter zum Mord in beiden Lagern wendet“ („Against the Stream“ [Gegen den Strom], nachgedruckt in *Fourth International*, Mai 1948, Hervorhebung im Original). Gleichzeitig waren sich die Trotzlisten der enormen Hindernisse zu einem gemeinsamen revolutionären Kampf der arabischen und hebräischsprachigen Arbeiter bewusst. Im „Thesenentwurf zur jüdischen Frage“ von 1947, den das Internationale Sekretariat der Vierten Internationale nach großen Streiks von arabischen und jüdischen Arbeitern in der Verwaltung und in den Ölraffinerien verabschiedete, wurde erklärt:

„In der derzeitigen Phase ist eine Einheit zwischen Juden und Arabern in Palästina im großen Maßstab nicht zu verwirklichen; nur zu einem sehr begrenzten Grad und nur in dem Maße, wie ein Teil der jüdischen Arbeiter außerhalb der ‚geschlossenen‘ jüdischen Wirtschaft arbeitet, konnte es jüdisch-arabische Streiks wie die des vergangenen Jahres geben. Aber das heißt nicht, dass eine solche Einheit für alle Zeiten ausgeschlossen ist.“ [Hervorhebung im Original]

Mehr als 50 Jahre zionistischer Unterdrückung und Aushungung haben die Differenzen zwischen hebräischen und arabischen Arbeitern sehr verschärft und so nationalistische Antagonismen auf beiden Seiten gefestigt. Dieser Hass ist angesichts von zwei Jahren nicht nachlassenden zionistischen Terrors besonders stark geworden.

Wir haben keine Illusionen, dass es einfach sein wird, den chauvinistischen Konsens zu zertrümmern, der zur Zeit das hebräische Proletariat an seine kapitalistischen Ausbeuter kettet. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden große historische Ereignisse wie eine siegreiche Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder notwendig sein, um israelische Arbeiter auf den Weg des revolutionären Kampfes gegen die zionistische Bourgeoisie zu bringen.

Nachdem wir die LRP dafür angegriffen hatten, die hebräischsprachige Arbeiterklasse insgesamt als „Arbeiteraristokratie“ abzuschreiben, gab sie zu, dass ein „Funken Wahrheit“ in unserer Darstellung der Trennlinien zwischen den Klassen und anderswo in der israelischen Gesellschaft liege. Gleichzeitig bemerkte sie, dass „israelische Arbeiter enorme Vorzüge gegenüber palästinensischen Arbeitern genießen“ und dass ihr „höherer Lebensstandard dazu dient, viele israelische Arbeiter an die Unterstützung des israelischen Staates zu ketten“. In dieser Aussage liegt, um den Ausdruck der LRP zu benutzen, ein „Funken Wahrheit“.

Doch daraus zu schließen, wie die LRP das tut, dass man von der „Mehrheit der israelischen Arbeiter erwarten kann, dass sie weiterhin loyal zur Existenz Israels stehen werden“, bedeutet, die Möglichkeit zu leugnen, dem Proletariat seine historische Aufgabe als Totengräber des kapitalistischen Systems bewusst zu machen. Israel bildet keine Ausnahme von der Regel, dass sich die Interessen von Kapital und Arbeit unversöhnlich gegenüber stehen und dass die Widersprüche des Kapitalismus Klassenkampf hervorrufen. Im Grunde spiegelt die Abneigung der LRP gegenüber den hebräischen Arbeitern die „White-Skin-Privilege“-Linie [Privilegien der Weißen] wider, die von Dritte-Welt-Nationalisten

Erhältlich in Türkisch



IKL-Erklärung
Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!
Nieder mit der UN-Hungerblockade!

herausgegeben: 23. Oktober 2002

€ 0,20

Ebenfalls in Türkisch erhältlich:

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms der IKL

angenommen 1998 bei der III. Internationalen Konferenz der IKL

€ 1,-

Bestellt bei:

SpAD, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

Postbank Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

und Teilen der amerikanischen Neuen Linken in den 60er- und 70er-Jahren vertreten wurde. Sie behaupteten, dass Arbeiter in den imperialistischen Ländern, und besonders weiße Arbeiter in den USA, vom Imperialismus „aufgekauft“ worden wären und damit unfähig wären, eine sozialistische Revolution durchzuführen.

Die LRP hat sich seit ihrer Gründung nicht von einem proletarischen – d.h. trotzkistischen – Programm, sondern von den gerade vorherrschenden Strömungen des kleinbürgerlichen Radikalismus leiten lassen. Die LRP ist ein direkter politischer Erbe von Max Shachtman, der 1940 eine Spaltung von der amerikanischen trotzkistischen Bewegung geführt hat. Shachtman hat der antikommunistischen Hysterie nachgegeben, die es bei Intellektuellen wegen des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 und der sowjetischen Invasion in die kapitalistischen Länder Finnland und Polen nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gab, und den trotzkistischen Aufruf zur bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion abgelehnt. Die LRP ist seit ihrem Bestehen dem Vorbild Shachtmans gefolgt: Sie hat zusammen mit den Imperialisten die sowjetische Intervention in den 80er-Jahren gegen die von der CIA unterstützten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan verurteilt und 1991 Boris Jelzin bei seinem konterrevolutionären Griff nach der Macht unterstützt, der zur endgültigen Vernichtung der Oktoberrevolution geführt hat.

Es war die Zerstörung der Sowjetunion, die die jetzige unheilvolle Situation der Palästinenser hervorgerufen hat. Die Sowjetunion war ein Gegengewicht zum US-Imperialismus, wodurch kleinbürgerliche Nationalisten wie die PLO auf der Suche nach Unterstützung zwischen den USA und der UdSSR hin-und-hermanövrieren konnten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist dieses Druckmittel – sowie finanzielle und auch militärische Unterstützung in beträchtlichem Ausmaß – weggefallen. Und eine bedeutend geschwächte PLO hat eine Schein-„Autonomie“ akzeptiert, bei der sie im Grunde die palästinensischen Massen für Israels Machthaber unter Kontrolle hält. Das Abkommen von 1993 war die Grundlage für die weitere Verwüstung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten, hat Zehntausende Arbeiter von ihren Jobs in Israel abgetrennt und zu einer massiven Ausbreitung der zionistischen Siedlungen und zur praktischen Gefangenschaft der gesamten palästinensischen Bevölkerung in isolierten, belagerten Ghettos geführt. Das ist das, was die von der LRP bejubelte „demokratische“ Konterrevolution für das palästinensische Volk bedeutet.

Eine Arbeiterrevolution in einem der arabischen Länder, die die internationalistische Einheit aller arbeitenden Menschen ausrufen würde, hätte einen enormen Einfluss auf die hebräischsprachigen Arbeiter in Israel. Doch wenn arabische, persische und kurdische Arbeiter die Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung zerbrechen sollen, müssen sie von allen Spielarten des Nationalismus gebrochen und zu einem schonungslosen Kampf gegen den Einfluss der islamischen Fundamentalisten gewonnen werden, die sich heute als Feinde des Zionismus und Imperialismus darstellen. Die Arbeiter im Nahen Osten haben eine reiche Tradition des revolutionären Kampfes. Wir stützen uns auf das Vermächtnis des multinationalen iranischen Proletariats, das 1953 um die Macht gekämpft hat, und das der arabischen und kurdischen Arbeiter im Irak, die fünf Jahre später ver-



Brian Hendler

Dezember 1997: Streik im öffentlichen Dienst machte Israel fünf Tage lang dicht. Zionistischer Garnisonsstaat muss von innen heraus durch arabisch-hebräische Arbeiterrevolution zerstört werden

sucht haben, eine sozialistische Revolution durchzuführen. Um solche Gelegenheiten zu nutzen, wenn sie sich bieten, und zum Sieg zu führen, müssen vor allem internationalistische Arbeiterparteien als Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale aufgebaut werden, die sich gegen Zionismus, arabischen Nationalismus und alle Formen von religiösem Fundamentalismus stellen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 796, 31. Januar 2003



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Donnerstag, 24. April, 18 Uhr

Osteuropa: Konterrevolution trampelt auf Frauen herum

Donnerstag, 8. Mai, 18 Uhr

**Lehren der Vietnam-Antikriegsbewegung
Ein revolutionäres Programm, um imperialistische Kriege zu bekämpfen**

Donnerstag, 22. Mai, 18 Uhr

**Für Klassenkampf, um die Angriffe von SPD/PDS/Grünen auf Arbeiter und Immigranten zurückzuschlagen!
Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!**

Donnerstag, 5. Juni, 18 Uhr

Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus

Treff: Humboldt-Universität, Seminargebäude
am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Lehren der Vietnam-Antikriegsbewegung

Ein revolutionäres Programm für den Kampf gegen imperialistischen Krieg

Nachfolgend veröffentlichen wir, in einer Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 797, 14. Februar, ein Referat der Genossin Helene Brosius von der Spartacist League/U.S.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das uns vor Augen führt, wie das Ende des Vietnamkrieges war. Es ist aus dem Buch *Our Great Spring Victory* [Unser großer Frühjahrsieg], den Memoiren des Stabschefs der vietnamesischen Volksarmee, General Van Tien Dung. Er war Kommandeur während der letzten Offensive am 30. April 1975, die Saigon befreite:

„Die Evakuierung durch die Amerikaner erfolgte auf den Dächern von dreizehn hohen Gebäuden, die sie als Landeplatz für ihre Hubschrauber ausgesucht hatten. In dem Maße, wie die Feuersalven unserer anrückenden Truppen näher kamen, wurden diese Landeplätze immer weniger. Bei der amerikanischen Botschaft war der Landeplatz für die Evakuierungshubschrauber ein einziges wildes ungeheures Durcheinander, die Lakaien der Amerikaner erkämpften sich ihren Weg hinein, zertrümmerten Türen, erkletterten Mauern, kletterten übereinander, rangelten, prügeln sich, trampelten sich gegenseitig nieder, als sie versuchten zu fliehen...

Sie mobilisierten ganze sechs Millionen amerikanischer Soldaten in turnusmäßigem Wechsel, warfen über 10 Millionen Tonnen Bomben ab und gaben über 300 Milliarden Dollar aus, aber am Ende musste der US-Botschafter zum Landeplatz des Hubschraubers hochkriechen und nach einer Möglichkeit zur Flucht suchen.“



UPI

US-Massenmörder in wilder Flucht, als vietnamesische Kommunisten im April 1975 Saigon befreien

Trotz des von der amerikanischen Linken verbreiteten Mythos war es nicht die Antikriegsbewegung, die den Vietnamkrieg beendete. Die USA wurden auf dem Schlachtfeld besiegt. Dieser Sieg war ein gewaltiger Wendepunkt. Es war eine wunderbare Sache für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten weltweit: Wenigstens zehn Jahre lang wurde die blutige Hand des US-Imperialismus durch das so genannte „Vietnam-Syndrom“ zurückgehalten. Das bedeutete, dass die amerikanische Öffentlichkeit genug davon hatte, zuzusehen, wie die Leichensäcke zurückkamen.

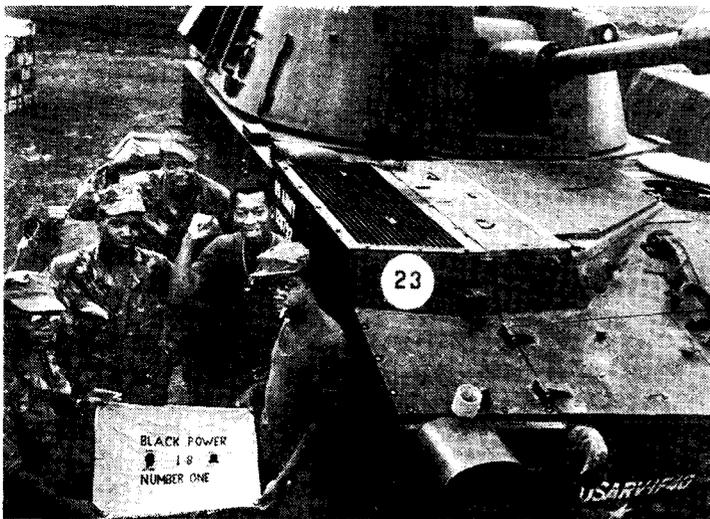
Die Spartacist League kämpfte für den Sieg der Streitkräfte Vietnams, der nordvietnamesischen und der Nationalen Befreiungsfront (FNL) im Süden. Und nach 1975 konnten wir sagen: „Vietnam war ein Sieg! 2,3, viele weitere Niederlagen für den US-Imperialismus!“

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, eines degenerierten Arbeiterstaats, 1991/92 und der Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution dort war ebenso wie die ähnlichen konterrevolutionären Umwandlungen in Osteuropa ein riesiger Rückschlag für das Weltproletariat und einer der bedeutenden Unterschiede zwischen der heutigen Periode und der Periode des Vietnamkrieges, über die ich sprechen werde.

Die Hunderttausenden Leute, die letzten Samstag in Washington in der frostigen Luft unterwegs waren, erinnerten tatsächlich an die Antikriegsbewegung Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre. Sogar die Worte auf den Bannern und den Plakaten waren vertraut: der liberale „Alle Kriege sind schlecht“-Typ von Pazifismus. Eine andere sehr bekannte Sache war die Parade der Demokraten – ob Filmstar-Demokraten, Priester-Demokraten, Demokraten, die Schwarze irreführen, oder Demokraten, die Arbeiter irreführen – auf der Rednerbühne. Und die andere bekannte Sache waren die vorgeblichen Linken, die dort als mutmaßliche „ehrliche Mitte“ der Antikriegsleute auftraten und sicherstellten, dass alles „friedlich und legal“ zugeht und sicher war für ihre bürgerlichen Freunde auf der Rednerbühne.

Wir können jetzt wirklich einige der Erfahrungen der Vietnamkriegs-Periode gebrauchen, um uns politisch zu bewaffnen, da es recht klar ist, dass Bush mit gezogener Pistole auf dem Weg zum Krieg im Irak ist. Aber das muss genau bedacht werden. Die Periode heute ist wirklich recht verschieden. Zuerst einmal muss unser Ausgangspunkt eine marxistische Position zum Krieg sein. Unser Verständnis ist, dass Krieg eine dem Kapitalismus innewohnende Eigenschaft ist. Um den imperialistischen Krieg loszuwerden, ist es zentral, das gesamte kapitalistische System wegzufegen.

Während des gesamten 20. Jahrhunderts bis hin zum heutigen Tag ist Imperialismus das vorherrschende System gewesen. Und der amerikanische Imperialismus, egal ob unter den Demokraten oder den Republikanern, hat sich während der letzten hundert Jahre wie ein tyrannischer



Wide World



UPI

Der Vietnamkrieg fand statt inmitten von wachsenden sozialen Unruhen in den USA. Schwarze US-Marines in Vietnam zeigen Schild: „Black Power ist Nr. Eins“. Rechts: Um den Aufstand im Detroit Ghetto 1967 zu unterdrücken, wurden Truppen eingesetzt

Schläger in der Welt verhalten. Besonders seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die ein Gegengewicht zum US-Imperialismus gewesen ist, haben sich die Herrscher Amerikas darangemacht, auf dem Planeten herumzustampfen und mit ihren Massenvernichtungswaffen herumzufucheln.

Imperialisten führen hauptsächlich Kriege in anderen Ländern, um zu expandieren und neue Märkte zu erobern. Sie müssen Quellen für billige Arbeitskräfte und billige Rohstoffe finden. Und das führt natürlich zu einer heftigen Konkurrenz zwischen den verschiedenen Mächten; sehr oft zu direkt militärischen Konfrontationen. Der Erste und der Zweite Weltkrieg sind Beispiele dafür. Natürlich ist ein mächtiges militärisches Arsenal ein notwendiger Bestandteil davon. Schließlich muss man den weltweiten kapitalistischen Drang nach Profiten durchsetzen. Der revolutionäre Führer Leo Trotzki schrieb sehr prägnant über die Kriegsfrage, besonders in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. In seinem Artikel „Lenin und der imperialistische Krieg“ aus dem Jahre 1938 erklärt er: „Ein von Imperialisten geschlossener Friede würde nur eine Atempause vor einem neuerlichen Krieg sein. Nur ein revolutionärer Massenkampf gegen Krieg und Imperialismus, den der Krieg hervorbringt, kann einen wirklichen Frieden sichern.“

Das bringt unsere Sicht zum Ausdruck, dass es solange Krieg geben wird, wie das kapitalistische System existiert. Und solange es imperialistische Kriege gegeben hat, hat es auch Pazifisten und Liberale gegeben, die herumrennen und die Imperialisten anschreien „bitte hört auf“. In einem Brief vom Juni 1932 drängte Trotzki seine Unterstützer in der ganzen Welt, nicht zuzulassen, dass die Arbeiterirreführer – und ihre pseudosozialistischen Anhängsel, die sehr nach Workers World und International Socialist Organisation (ISO) heutzutage klingen – die Antikriegsaktivisten ohne Widerstand beherrschen können. Revolutionäre sollten in diese Kämpfe intervenieren, „um die Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr in einer marxistischen, leninistischen Weise zu stellen“. Er fuhr fort: „Wenn Krieg die Fortsetzung von Politik ist, dann ist der Kampf gegen Krieg eine Fortsetzung von revolutionärer Politik.“ Und das ist das Kernstück unserer Strategie, heute ebenso wie in der Vietnam-Antikriegsbewegung der 60er- und 70er-Jahre.

Bezieht eine Seite – verteidigt den Irak!

Unsere revolutionäre Strategie hebt uns ab vom Rest der so genannten Linken. Betrachten wir den aktuellen Konflikt, den drohenden Krieg gegen den Irak. Wir schmettern

unsere Botschaft hinaus: „Verteidigt Irak gegen US-Angriffe!“ Irak unterscheidet sich von Vietnam, wo die vietnamesischen Stalinisten eine soziale Revolution anführten, was bedeutete, dass die Bevölkerung für etwas Tiefgehendes als Unabhängigkeit kämpfte: für eine Revolution, um das kapitalistische System zu stürzen. Aber dennoch beziehen wir eine Position auf der Seite des halbkolonialen Iraks – der jetzt schon fast täglich von den Briten und den USA bombardiert wird – gegen die räuberischen US-Imperialisten.

Ich hörte, dass einigen Leuten, die wir bei dem Antikriegsprotest am 18. Januar in Washington trafen, der Unterschied zwischen den Losungen „Verteidigt Irak!“ und „Nein zum Krieg!“ unklar war. Ich versichere euch, der Bourgeoisie ist das sehr klar. „Verteidigt Irak!“ bedeutet, dass man nicht einfach gegen den Krieg ist, sondern dass man dabei eine Seite bezieht gegen die Amerikaner. Und wäre man ein Kommunist im Irak, würde das bedeuten, dort für eine Arbeiterrevolution gegen das Hussein-Regime zu organisieren. Wir geben nicht ein Jota politischer Unterstützung an Saddam Hussein, der vor 1991, als er noch ein Klient der USA war, ein Schlächter von irakischen Kurden, Arbeitern, Linken, schiitischen Muslimen, Studenten und anderen war – was er immer noch ist.

Würde die USA bei diesem Abenteuer irgendwie eine Niederlage erleben, würde der ganze Planet widerhallen von den Jubelrufen derer, die unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus stehen – in Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten. Ein solches Ergebnis würde die Hand des amerikanischen Imperialismus schwächen, während es anderen, wie den Palästinensern in ihrem Kampf gegen die israelische Besatzung, mächtigen Auftrieb geben würde.

Wir rufen zum Klassenkampf gegen die US-imperialistischen Herrscher im eigenen Land auf. Dies ist der primäre Weg, unsere revolutionäre Verteidigung des Iraks umzusetzen. Die herrschende Klasse in den USA ist der gemeinsame Feind der amerikanischen und irakischen Arbeiterklasse und der Unterdrückten. Diese Kriegsführer sind dieselbe arbeitshassende Bande, die letzten Herbst das streikbrecherische Taft-Hartley-Gesetz gegen die Hafearbeiter drüben in Kalifornien einsetzte. Sie schicken die Bullen in die Ghettos, um schwarze Kids zu töten, sperren Tausende Immigranten im Namen von „Krieg gegen den Terror“ ein und bedrohen das Leben aller Frauen, indem sie unsere Abtreibungsrechte wegnehmen. Und an diese Leute

Fortgesetzt auf Seite 18

Vietnam...

Fortsetzung von Seite 17

stellen die pseudolinken Gruppen die Forderung, den Krieg zu stoppen.

Wir sagen: „Nieder mit der UN-Hungerblockade!“ Wir verstehen, dass die UNO nur ein Feigenblatt für imperialistische Schlächter ist; eine Art von Debattierklub für Führer anderer Länder; die stehen auf und bringen Einwände vor gegen das, was die USA tun, und dann fügen sie sich doch. Unser Ziel ist es, Arbeiter, Studenten und andere, die die nackte Aggression der USA zum Handeln herausfordert, zu einem revolutionären Programm zu gewinnen, das nicht nur Opposition zum Krieg, sondern Opposition zum kapitalistischen Imperialismus, der Kriege erzeugt, beinhaltet. Und während des Vietnamkrieges war unsere Aufgabe dieselbe.

Vietnam und der Krieg im eigenen Land

Die extrotraktistische Socialist Workers Party (SWP), aus der unsere Tendenz 1963 ausgeschlossen wurde, war die Hauptkraft hinter den Antikriegsbündnissen Mitte der 60er- und Anfang der 70er-Jahre. Die SWP war ein Meister von klassenkollaborationistischen Bündnissen, so wie es die stalinistische Kommunistische Partei in den 30er-Jahren gewesen war. Die reformistischen Gruppen, die heute davon reden, die breiteste Bewegung, die möglichst unterschiedlich zusammengesetzte Bewegung, die in höchstem Maße allumfassende Bewegung aufzubauen, lernten zu Füßen der SWP.

Schon 1965 versuchte die SWP einem Gebilde namens New York City Fifth Avenue Peace Parade Committee ein reformistisches Ein-Punkt-Programm zu verpassen. Sie versuchten die Losung auf „Stoppt den Krieg jetzt!“ zu begrenzen. Wir hätten auf keinen Fall unser Programm aufgeben für diese Art von Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, deren Ziel es war, die ganze Sache schmackhaft zu machen für Priester, Arbeiterbürokraten und jeglichen Vertreter der Bourgeoisie, der, wie sie hofften, bald mal vorbeischauchen würde.

Mit unserer Position für den Sieg der FNL waren wir damals sehr in der Minderheit, und bei der Demonstration 1965 machten wir einen Block mit einer winzigen Gruppe namens Committee to Aid the NLF [Hilfskomitee für die FNL], die stolz die FNL-Fahne herumtrug, womit sie die SWP absolut zum Wahnsinn trieb. Wir trugen Plakate mit „Sieg der FNL!“ und „Bedingungsloser, sofortiger Abzug!“ Diese Losungen unterschieden sich wirklich sehr vom Rest der Demonstration.

Im selben Jahr hatten wir eine kleine Gruppe namens Young Socialist League (YSL) an der Cornell-Universität. Und wir dachten, ein wirklich guter Weg, um unsere Losung „Sieg der FNL!“ zu konkretisieren, wäre, einen Tisch aufzustellen und Geld zu sammeln mit einem großen Plakat „Waffen für die FNL!“. Innerhalb von drei Stunden hatten wir den gesamten Campus polarisiert. Es war toll – sogar andere Linke wussten nicht, was sie dazu sagen sollten. Die Verwaltung versuchte uns aus der Student Union [Studentenvereinigung] rauszuwerfen. Wir sammelten an diesem Tag 7,75 Dollar, die wir sofort mit einer internationalen Überweisung an die FNL schickten. Wir wollten das Geld auf den Weg bringen, nur für den Fall, dass wir alle im Gefängnis enden würden.

Die Furore dauerte mehrere Wochen und es wurde in der gesamten Presse des gottverlassenen frostigen Nordens des Bundesstaats New York und sogar in New York City darüber berichtet. Die *New York Times* zitierte einen Kernsatz aus einem Statement der Student Union, dass es okay sei, die

YSL mundtot zu machen, denn „gesammelte Gelder könnten sehr wohl zum Schaden von Amerikanern in Vietnam benutzt werden“. Also, das war natürlich der Punkt! Die Universität drohte uns mit dem Trading with the Enemy Act [Gesetz gegen Handel mit dem Feind], dem Foreign Agents Registration Act [Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten] (was eine Strafe von fünf Jahren und 10 000 Dollar vorsah), etc. Aber es wurde nie was daraus.

Natürlich rannten drei Jahre später *Tausende* Jugendlicher durch die Straßen von San Francisco, New York und Washington und schriean: „Ho, Ho, Ho Chi Minh – die FNL wird gewinnen!“ Das Bewusstsein verändert sich sehr schnell durch soziale Kämpfe.

Es gibt noch einen wichtigen Faktor, der die 60er-Jahre von heute unterscheidet. Im Jahre 1965, zu der Zeit, als das militärische Aufrüsten in Vietnam wirklich begann, war die USA gerade durch ein Jahrzehnt aufrüttelnder sozialer Kämpfe gegangen, bekannt als die Bürgerrechtsbewegung des Südens. Dies war ein Kampf um die einfache, rechtliche Gleichstellung mit Weißen – das Recht zu wählen, öffentliche Einrichtungen zu benutzen, grundlegende Dinge. Tausende Schwarze wurden im Süden in die Bewegung gezogen und sie riskierten ihr Leben damit. Hunderte litten unter den Schlägen und Hunden der Sheriffs im Süden. Einige starben durch die Hand des Ku-Klux-Klan. Viele wurden verprügelt von wütenden Rassisten (später stellte sich heraus, dass einige davon für das FBI arbeiteten).

Die Kämpfe beflügelten auch eine Schicht antirassistischer Weißer im Süden und Norden, mich eingeschlossen. 1964 ging ich in den Süden. Es war tatsächlich der Beginn meiner politischen Erziehung, als mir klar wurde, dass sich der Rassismus und die entsetzlichen Bedingungen der ländlichen Armut, die ich in dieser Ecke von Tennessee sah, durch das Wahlrecht nicht ein Stück verändern würden. Das gesamte System war verrottet und musste verändert werden.

Die Bürgerrechtsbewegung im Süden war ein begrenzter Erfolg. Sie beendete die gesetzliche Jim-Crow-Segregation [Rassentrennung]; mit Sicherheit beendete sie nicht die Segregation im Süden. Aber Mitte der 60er-Jahre zog die Bewegung in den Norden. Im Norden war es nicht eine Frage gesetzlicher Segregation; es ging um voneinander abgetrennte Wohngebiete, lausige Schulen, Diskriminierung am Arbeitsplatz. Im Norden rannte die Bürgerrechtsbewegung gegen eine Wand. Sie war damit konfrontiert, das rassistische kapitalistische System selbst herauszufordern und natürlich den Staat, der das System verteidigt.

Mit der Bewegung in den Norden ließen viele schwarze und weiße Aktivisten Martin Luther Kings „Halt die andere Wange hin“-Pazifismus schnell hinter sich, für den auf der Demo in Washington letztes Wochenende die ISO und andere so sehr warben. Und viele lehnten eine Zeit lang sogar die Treue Martin Luther Kings und anderer schwarzer Führer zur Demokratischen Partei ab. Aus dieser Spaltung heraus formierte sich die militante schwarz-nationalistische – allerdings letztendlich reformistische – Black Panther Party.

1964 war der Anfang der Ghettoaufstände. Der erste fand in Harlem statt. Dort gab es eine Demonstration gegen die Ermordung eines 15 Jahre alten Jungen durch die Polizei. Die Bullen kamen und attackierten die Demonstration und das Ghetto explodierte. Wir waren stark daran beteiligt und versuchten, Textilarbeiter nach Harlem zur Verteidigung des Ghettos zu organisieren. Wir halfen dabei, eine große Demonstration im Textilbezirk zu organisieren. Nach Harlem explodierten die Ghettos in fast allen Großstädten – ich glaube etwa 200 insgesamt – einschließlich des Watts-Ghettos in Los Angeles. Die Straßen amerikanischer Städte waren überfüllt mit Panzern und Truppen.

Also, als die Vietnam-Periode begann, war dieses Land ein soziales Pulverfass. Es gab Massen frustrierter, wütender schwarzer Menschen, die der Regierung tief gehend misstrauten. Unsere Losung „Vietnam, Watts – es ist derselbe Kampf!“ zielte darauf ab, eine entscheidende Verbindung zu schaffen zwischen den Massen wütender schwarzer Jugendlicher und den sich nach links bewegenden Antikriegsdemonstranten.

Schwarze Soldaten hassten den Vietnamkrieg

Anfangs wollten die Demokraten und die Gewerkschaftsbürokraten die Antikriegsbewegung meist nicht einmal mit einer Zange anfassen. Die Demokraten unterstützten vergnügt den Krieg und ihren Präsidenten Lyndon B. Johnson, der ihn führte. Und die Gewerkschaftsführer der AFL-CIO waren der Demokratischen Partei sklavisch ergeben und in der Kriegsfrage militante Falken. Heute ist es eine leicht andere Situation, mit einer republikanischen Regierung und gewissen Illusionen in die Demokratische Partei.

Es gab in Vietnam einen sehr raschen Aufbau amerikanischer Streitkräfte. Ende 1966 erreichte die Truppenzahl 400 000 – auch wenn nur ein kleiner Prozentsatz davon Kampftruppen waren. Viele Jahre lang fielen auf Nordvietnam täglich Bomben. Es wurden mehr Tonnen Bomben auf Vietnam abgeworfen, als alle Seiten des Zweiten Weltkriegs zusammen genommen einsetzten. Im Jahre 1968 leitete die FNL die mutige Tet-Offensive ein. Dies war eine koordinierte militärische Offensive von etwa 80–100 000 Befreiungskämpfern in ganz Südvietnam. Tet zeigte eindeutig, dass diese hochmotivierten Kräfte dazu entschlossen waren, bis zum Ende zu kämpfen. Das war wirklich ein Schock für die amerikanischen Herrscher und es entlarvte die Lüge, dass der Sieg „gleich um die Ecke“ sei. Die Verluste der USA schossen in die Höhe.

Nach Tet wurden 200 000 weitere Männer eingezogen. Die Wehrpflicht war eine große Sache. Eine Menge junger Männer hatten Angst davor und das motivierte sie sehr. Viele Schwarze, die eingezogen wurden, waren sich über die Bürgerrechtsbewegung und die Ghettoexplosionen sehr bewusst und sie waren nicht allzu erfreut darüber, für diese Regierung zu kämpfen. Dieses Bewusstsein trug sehr viel zur Haltung der Kampftruppen bei. Zu dieser Zeit waren die Streitkräfte der USA in einem Zustand fortgeschrittenen Verfalls. Und ich meine *fortgeschrittener* Verfall. Diese Truppen waren ernsthaft demoralisiert.

Unser Genosse Garry Gianninoto war gleich nach Tet ein Mediziner bei der Navy in Vietnam. Er beschreibt in einem Artikel im *Workers Vanguard* (Nr. 513, 2. November 1990) die Sorte von Barbarei, die eine Kampftruppe an die Grenze zur Meuterei bringt. Folgendes sagte er über Missionen der Kategorie „suchen und zerstören“:

„Man brannte einfach ein Dorf nieder, zerstörte die Getreidevorräte und verspernte alle Bunker, ganz gleich ob Menschen drinnen waren oder nicht. Niemand machte sich die Mühe, hineinzugehen, um nachzusehen, sie nahmen einfach Granaten und warfen sie hinein oder benutzten einen Flammenwerfer.“

Garry starb 1991 an Krebs, wahrscheinlich verursacht dadurch, dass er Agent Orange und anderen Chemikalien



Spartacist

New York 1965: Reformistische Demoleitung wollte Spartacist-Kontingent ausschließen wegen Aufruf „Sieg der Vietnamesischen Revolution“. Wir marschierten trotzdem, in einem Block mit dem Committee to Aid the NLF

ausgesetzt war, die von den Amerikanern in Vietnam eingesetzt wurden.

Die Soldaten, die nach Vietnam geschickt wurden, waren Kids, viele waren High-School-Abbrecher. Über 30 Prozent der Kampftruppen waren schwarz. Sie hatten keine Ahnung, wo sie waren, umgeben von einer feindlichen Bevölkerung, die für eine soziale Revolution kämpfte. Die Verluste wurden immer höher, und viele Soldaten sahen absolut keinen Grund dafür, in Vietnam zu sein und den Befehl zu bekommen, kleine Mädchen und alte Männer zu töten, Dörfer niederzubrennen etc. Dies führte sogar zu noch größerer Demoralisierung innerhalb der Truppen. Es gab vielleicht 1500 – vielleicht mehr – amerikanische Offiziere, die von ihren eigenen Soldaten verletzt oder getötet wurden, oft mit Splittergranaten [fragmentation grenades], daher kommt auch der Begriff „fragging“.

Die schwarzen Soldaten wussten wirklich besser als jeder andere, dass Vietnam ein dreckiger imperialistischer Krieg war. Sie wurden in 'Nam brutal über den Tisch gezogen; sie wurden brutal über den Tisch gezogen, wenn sie in die Ghettoaufstände, die Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Armut zurückkehrten. Schwergewichtsweltmeister Muhammad Ali wurde von Schwarzen als Held gefeiert, als er den Kriegsdienst verweigerte und sagte: „Kein Vietkong nannte mich jemals“ das N-Wort. Letztes Wochenende bemerkte ein Genosse eine Frau mit einem Plakat: „Saddam Hussein nannte mich niemals N---r.“

1970 war es klar, dass die USA am Verlieren waren und ein Teil der Bourgeoisie war allmählich überzeugt davon, dass der Krieg den Interessen des amerikanischen Imperialismus schadete und dass die USA abziehen sollten. Während die Proteste anschwellen, blieb der Sozialpatriotismus der Proteste vorherrschend, genauso wie heute. Die Mehrheit der Protestierenden waren Liberale, die weit mehr betroffen waren über die Tausenden von Leichensäcken, die in das Land zurückkamen, als über das Abschlachten Hunderttausender Vietnamesen. Nicht dass ihnen das Abschlachten der Vietnamesen egal war, aber das war nicht ihre größte Sorge.

Während dieser Periode war das Vehikel der SWP für ihre Klassenkollaboration eine Organisation namens NPAC

Fortgesetzt auf Seite 20

Vietnam...

Fortsetzung von Seite 19

(National Peace Action Coalition) unter der einzigen Losung „Jetzt raus!“. NPAC war genau richtig für diese Art von bürgerlichem Pazifismus. Währenddessen bewegte sich ein Teil der Bewegung zügig nach links und suchte nach einer Menge mehr Antworten auf viel weitergehende Fragen. Und wir begannen damit, uns von 1968 bis 1971/72 mit unserem revolutionären Programm selbst einen Namen zu machen.

Ich möchte ein wenig über die ISO sprechen, die immer ein Problem damit hatte, sich zu entscheiden, auf welcher Seite der Klassenlinie sie steht. Sie sehen die von den Stalinisten regierten degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten als eine Art Variante eines Ausbeuterregimes und weigern sich, sie zu verteidigen. Sie behaupteten, die Sowjetunion und Osteuropa seien „staatskapitalistisch“, genauso schlimm wie der westliche Kapitalismus, wenn nicht noch schlimmer: eine Sichtweise, die sie heute in Bezug auf Kuba, China, Nordkorea und Vietnam, die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten, vertreten.

Während des Vietnamkrieges weigerten sich tatsächlich zunächst die Vorläufer der ISO, die International Socialists (I.S.), zum sofortigen und bedingungslosen Abzug der Truppen aufzurufen. Später forderten sie doch den Abzug der Truppen und schließlich, für eine kurze Zeitspanne, als es unter einem wachsenden Teil der Antikriegsdemonstranten populär wurde, übernahmen sie tatsächlich die Losung „Sieg für die FNL!“.

Diese Position passte überhaupt nicht zu ihrer Politik des „dritten Lagers“: „Weder Moskau noch Washington“. Ihr Argument war: „Na ja, dies ist ein nationaler Befreiungskampf.“ Ein Schwindelargument. In dieser Periode war der nordvietnamesische deformierte Arbeiterstaat stark an dem Krieg in Vietnam beteiligt, und die Vietnamesen waren nicht einfach ein Haufen von „Befreiungskämpfern“. Und nicht nur das: Hinter ihnen stand die Sowjetunion, die die I.S./ISO als „imperialistisch“ betrachteten. Aber: „Prinzipien“ waren nie eine große Sache für die ISO. Sie folgen einfach dem, was gerade populär ist.

Heute stellt sich die „russische Frage“ – die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten – sehr scharf in Nordkorea. Wir rufen auf zur bedingungslosen militärischen Verteidigung Nordkoreas gegen den Imperialismus, und wir verteidigen sein Recht, Atomwaffen zu entwickeln, um sich gegen die amerikanischen atomar bewaffneten Verrückten zu verteidigen. Während des Vietnamkrieges war unsere Losung: „Der sowjetische Atomschild muss Hanoi und Peking einbeziehen!“ Zum Teil war diese Losung eine Polemik gegen die sowjetischen Stalinisten, die danach strebten, sich mit den Imperialisten zu veröhnen.

1970 schickte Nixon Truppen nach Kambodscha, ein benachbartes Land, und wir erhoben die Losung: „Ganz Indochina muss kommunistisch werden!“ Dies war auch ein zweischneidiges Schwert, das die Stalinisten herausforderte, die Macht zu übernehmen. Im Jahre 1975, als es danach aussah, dass Saigon endlich befreit werden würde, schrieben wir auf unser Banner „Nehmt Saigon ein!“, teilweise weil wir uns ausrechneten, dass die Stalinisten jederzeit versuchen könnten, den Kampf auszuverkaufen.

Arbeiterkämpfe und die Antikriegsbewegung

Die Neue Linke schrieb die Arbeiterklasse generell ab. Vor einigen Wochen fand eine dramatische Aktion schottischer Lokführer statt, die sich weigerten, eine Ladung mit Kriegsmaterialien zum größten NATO-Munitionsdepot in Europa zu transportieren. Das ist eine sehr machtvolle Ges-

te. Studenten können sich nicht weigern, Waffen zu verladen; Studenten haben diese Art von Macht nicht, da sie außerhalb des Produktionsprozesses stehen. Sie sind eine sehr instabile Schicht der Gesellschaft. Sie können von der faschistischen Bewegung rekrutiert oder zur kommunistischen Bewegung gezogen werden. Unsere Aufgabe besteht darin, zu intervenieren und zu versuchen, sie zum Kommunismus zu gewinnen.

Aber die meist kleinbürgerliche Neue Linke im Allgemeinen glaubte, dass Studenten die Revolution durchführen würden. 1970 gab es einen großen Studentenstreik – 4,5 Millionen Studenten gingen auf die Straße, die Hälfte der Studentenschaft des gesamten Landes. Nixon schickte weiterhin Truppen nach Kambodscha.

Leute, die Bündnisse aufbauen, reden oft von der Notwendigkeit, Arbeiter in die Bewegung zu ziehen, womit sie meinen, mehr Gewerkschaftsspitzen auf die Bühne zu bekommen. Die Mainstream-Arbeiterführer arbeiten für zwei Herren. Einerseits gibt es da diese lästige Angelegenheit, dass sie manchmal von der Mitgliedschaft gewählt werden und deshalb bei den Arbeitern ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit erhalten müssen. Auf der anderen Seite sind sie, da sie grundsätzlich das kapitalistische System aufrechterhalten – das System, in dem die gleichen Leute herrschen, die sie angeblich bekämpfen, die kapitalistischen Ausbeuter –, auch und in erster Linie den Kapitalisten verpflichtet. Wir nennen sie „Arbeiterleutnants des Kapitals“, Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, und in der Antikriegsbewegung spielten sie eben diese Rolle.

Einige Arbeiterführer kamen um 1971 in die Antikriegsbewegung. Zu dieser Zeit waren sie besonders beschäftigt damit, die Arbeiterklasse auszuverkaufen. Der republikanische Präsident Nixon stand vor einer sich vertiefenden Wirtschaftskrise und hatte gerade Lohnkontrollmaßnahmen auferlegt. Nicht einer der Arbeiterführer stellte sich gegen diese Lohnkontrollen, von der reaktionären AFL-CIO-Bürokratie des George Meany bis zu den „Progressiven“ und „Militanten“ der Autoarbeitergewerkschaft. Sie behielten ihre völlige Unterwürfigkeit gegenüber der Demokratischen Partei bei, deren Linie es war, dass Nixon die Lohnkontrollen *eher* hätte einführen sollen.

Wir schrieben damals: „Die ‚linken‘ Bürokraten sind fähig, kämpferisch aufzutreten über die Kriegsfrage, die natürlich aufs Engste verknüpft ist mit Inflation und Arbeitslosigkeit, während sie aber die wirklichen Kämpfe über genau diese Themen ausverkaufen. Sie können so viele Losungen zum Krieg und über die Rolle, die er spielt, in den Mund nehmen, ohne sich zu einem ernsthaften Kampf über irgendeine Klassenfrage – einschließlich des Krieges selbst – zu verpflichten“ („Bring Working-Class Power Against the War“ [Richtet die Macht der Arbeiterklasse gegen den Krieg], *Workers Action* Nr. 9, Juli/August 1971). Die Bühne der SWP war ein sehr angenehmer Ort für diese Gewerkschaftsbürokraten.

Die Arbeiterklasse ist nicht einfach ein weiterer Sektor, den man dazu braucht, um die Zahl der Leute auf den pazifistischen Antikriegsdemonstrationen zu erhöhen. Die Arbeiterklasse hat soziale Macht. Wir sahen diese Macht im Dezember, als die Arbeiter im Nahverkehr von New York City mit Streik drohten und die ganze Stadtverwaltung verrückt spielte. Stellt euch vor, welche Auswirkung es hat, wenn Arbeiter mit dieser Art sozialer Macht in einer Streikaktion zu politischer Opposition gegen den Krieg mobilisiert werden. Stellt euch die Auswirkung einer wirklichen proletarischen Opposition gegen den Imperialismus auf der Grundlage einer antikapitalistischen Perspektive vor.

Anfang der 70er-Jahre gab es einen ganzen Haufen ökonomischer Streiks von Arbeitern, die darum kämpften,

ihren Lebensunterhalt zu verteidigen – es gab einen großen General-Motors-Streik und einen Ausstand der Postarbeiter, der die Regierung herausforderte. Wir agitierten während dieser Periode für einen Antikriegs-Freitag – einen ein-tägigen Arbeitsstopp gegen den Krieg – und für politische Arbeiterstreiks gegen den Krieg. Angesichts des sozialen Aufruhrs im Land war dies eine greifbare Möglichkeit.

Arbeiterkämpfe gegen den Krieg hätten die Militanz der schwarzen Arbeiter – zum Beispiel in Autofabriken in Detroit, wo es subjektiv revolutionäre schwarze Arbeiter gab – mit der größtenteils kleinbürgerlichen und zunehmend radikalisierten studentischen Antikriegsbewegung der Neuen Linken verknüpft. Dies wäre explosiv gewesen. Nur eine multirassische revolutionäre Avantgardepartei mit Wurzeln in der Arbeiterklasse hätte diese Verbindung erfolgreich herstellen können. Wir waren damals nicht groß genug und hatten keine Wurzeln im Proletariat.

Die US-Gewerkschaftsbürokraten spielten eine führende Rolle dabei, solche Arbeiterkämpfe zu verhindern. 1970 gab es einen wilden Streik von 20 000 LKW-Fahrern in Ohio, gegen den sich die Demokraten, die Republikaner, die nationale Führung der Teamsters [LKW-Fahrer-Gewerkschaft] und die lokale Gewerkschaftsführung stellten. Und die meisten dieser Leute riefen nach der Nationalgarde, um den Streik zu stoppen, auch der stellvertretende Vorsitzende der Teamsters, Harold Gibbons, der ein Unterstützer der NPAC war. Ihm und dem ganzen Rest wurde der Wunsch erfüllt. Die Nationalgarde kam und versuchte den Streik zu zerschlagen. Vierhundert dieser Nationalgardisten wurden dann nach Kent State geschickt, wo sie auf einer Antikriegsdemonstration vier Studenten töteten. Wie, glaubt ihr, hätte dieser gewisse streikbrecherische Führer der Teamsters auf uns Rote reagiert, wenn wir auf einer seiner kostbaren NPAC-Konferenzen die Forderung nach Arbeiterstreiks gegen den Krieg aufgebracht hätten, wo er doch dazu aufrief, Truppen gegen seine eigenen Gewerkschaftsmitglieder einzusetzen? Nun, eigentlich fanden wir heraus, wie sie reagiert hätten. Und die SWP war dort und versprach sicherzustellen, dass die Bürokraten nicht beleidigt werden würden von Roten, die zu Arbeiteraktionen gegen den Krieg aufriefen.

Im selben Jahr besiegelte die SWP dieses Versprechen mit Blut, nämlich dem unseren und dem von Progressive Labor (PL); sie griffen uns auf einer NPAC-Versammlung brutal an. Wir hatten den demokratischen Senator Vance Hartke niedergeschrien, als er versuchte auf dieser Konferenz zu sprechen. Und dann schickten sie Victor Reuther rauf, den Bruder von Walter Reuther, Führer der Autogewerkschaft. Victor war der CIA-Flügel der Familie. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er der CIA-Mann in der europäischen Arbeiterbewegung gewesen. Das ist der Typ, den die SWP als ihren „Arbeiterführer“ dort hatte. Als er aufstand, um zu reden, waren wir eigentlich recht nett. Wir standen auf und skandierten zehnmal: „Arbeiterstreiks gegen den Krieg!“, und setzten uns wieder. Das machte den Punkt. PL machte ein wenig länger weiter. Die SWP wurde wahn-sinnig. Sie griffen uns brutal an. Es war sehr, sehr blutig.

Wir agitierten für „Bourgeoisie raus aus der NPAC!“. Aber keinesfalls war damit gemeint „NPAC ohne die Bourgeoisie“. Es war eine zentrale Agitationslosung für uns, aber sie war Teil einer Reihe von miteinander verbundenen Forderungen, und zusammen ergaben diese Forderungen eine revolutionäre, klassenkämpferische Politik gegen den Vietnamkrieg. Wir betonten auch nicht den Rausschmiss liberaler Politiker und ihresgleichen, als ob ihre Gegenwart die NPAC irgendwie magisch in ein Gebilde der Klassenzusammenarbeit verwandeln würde. Manchmal entscheiden sich bürgerliche Politiker, die Rednerbühne einer kommunistisch organisierten Veranstaltung zu erklimmen. Das ist *ihr*



Basil Blackwell Inc.

Leo Trotzki, mit Lenin Führer der Russischen Revolution, spricht 1920 zu Soldaten der Roten Armee während des Kriegs gegen das von Imperialisten gestützte konterrevolutionäre Regime in Polen

Widerspruch. Die NPAC jedoch war ein für die Bourgeoisie extra *geschaffenes* politisches Vehikel, genauso wie die Organisatoren der heutigen Antikriegsbewegung hoffen, dass die Bourgeoisie sich ihnen anschließt. Wenn das Vorgehen, die Bourgeoisie auszuschließen, auf irgendeiner dieser Konferenzen gelungen wäre, dann hätte das die ganze Organisation gesprengt; die NPAC hätte aufgehört zu existieren.

Nur sozialistische Revolution kann imperialistischen Krieg beenden!

Einige der raffinierteren Typen unter unseren Opponenten in der Linken heute werfen mit dem Begriff „Einheitsfront“ um sich, ihre Version des Drängens auf Einheit. Also, was ist eine Einheitsfront? Das leitende Prinzip einer Einheit der Arbeiterklasse in Aktion gegen einen gemeinsamen Feind ist: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Das heißt, man marschiert mit seinen eigenen Bannern und man schlägt gemeinsam zu, gegen den Krieg oder gegen welche Sache man gerade kämpft. Einheitsfronten sind zeitlich begrenzte Aktionen.

Aber die Reformisten und Zentristen lieben einfach ihre fortdauernden Bündnisse, weil sie ihnen erlauben, ihre „sozialistische“ Politik unter dem Deckmantel von „Einheit“ zu verbuddeln. Sie sagen uns: „Wir wollen Einheit und deswegen müssen wir unser Programm verwässern und euch, die Kommunisten, ausschließen.“ Das meinen sie mit „Einheit“.

Für Kommunisten ist es der Zweck einer Einheitsfront, die schärfsten politischen Auseinandersetzungen zu erlauben, während man Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind marschiert. Unsere Parole ist: Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion. Wir begrüßen Möglichkeiten für Einheitsfronten, weil sie uns ein Terrain bieten, unsere revolutionäre Politik Seite an Seite mit Reformisten und Zentristen zu testen. Aus demselben Grund vermeiden Reformisten und Zentristen eine wirkliche Einheitsfront wie die Pest. Die Realität hinter all dem Einheitsdrang der

Fortgesetzt auf Seite 22

Vietnam...

Fortsetzung von Seite 21

Pseudolinken ist, dass sie dahinter ihre Gelüste nach Einheit mit der Bourgeoisie verstecken.

1937 schrieb James Burnham, damals ein Mitglied der trotzkistischen Bewegung, eine Broschüre mit dem Titel *The People's Front: The New Betrayal* [Die Volksfront: Der neue Verrat – nachgedruckt in „On the United Front“, *Young Communist Bulletin* Nr. 3] über die stalinistische Version der Bildung von klassenkollaborationistischen Koalitionen. Burnham erklärte:

„Am bedeutsamsten ist die Anwendung der Volksfrontpolitik in der ‚Antikriegsarbeit‘. Mittels einer Vielzahl pazifistischer Organisationen ... verfolgen die Stalinisten das Ziel, eine ‚breite, klassenlose Volksfront all jener aufzubauen, die gegen den Krieg sind‘... Sie schließen von vornherein die marxistische Analyse aus, dass Krieg ein notwendiges Ergebnis der inneren Konflikte des Kapitalismus ist und daher nur wirklich bekämpft werden kann durch revolutionären Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung. Und im Gegenzug behaupten sie, dass sich alle Personen, egal welcher sozialen Klasse oder Gruppe, ob sie gegen Kapitalismus sind oder nicht, ‚vereinigen‘ können, um den Krieg zu stoppen.“

Durch dieses Programm der Klassenzusammenarbeit kanalisiert Reformisten und Zentristen die weit verbreitete soziale Unzufriedenheit, die sich in der Radikalisierung der Neuen Linken ausdrückte, in Richtungen, die nicht nur sozial impotent waren, sondern auch dazu dienten, die Illusionen in den Kapitalismus und seine Stützen, wie zum

SAV...

Fortsetzung von Seite 4

aus, dass das kapitalistische System dazu gebracht werden kann, seine Grundprioritäten zu ändern: statt Ausbeutung der Arbeiter durch Unterdrückung im eigenen Land und statt Ausweitung der Märkte international durch Kriege gegen die anderen kapitalistischen Räuber und zur Unterjochung der Kolonialvölker – worauf dieses System beruht – das Wohlergehen der Arbeiter im eigenen Land und Frieden unter den kapitalistischen Nationen.

Im Wesentlichen besteht die Opposition der SAV zum revolutionären Marxismus in ihrem grundsätzlichen Revisionsanismus in der Frage des Charakters des kapitalistischen Staates. Der kapitalistische Staat ist eine besondere Formation bewaffneter Menschen – die Polizei, die Justiz, die Armee – zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, um die Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Die SAV lehnt diese grundsätzliche Position ab. Für sie sind Polizisten „Arbeiter in Uniform“ und sie verteidigt krimineller Weise das „Recht“ der Bullen sich in Gewerkschaften zu organisieren. Wir dagegen sagen: *Bullen raus aus dem DGB!* In direktem Gegensatz zu Liebknechts Losung „Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!“ verteidigt die SAV die Wehrpflicht für die Bundeswehr gegen Versuche eine Berufarmee zu schaffen, denn eine Wehrpflichtigenarmee „lässt sich schlechter gegen aufrührerische ArbeiterInnen einsetzen, als eine Armee aus Berufssoldaten“ (*Voran*, Februar 2001). Dieses Scheinargument soll einfach der heutigen Armee des deutschen Imperialismus einen demokratischen Anstrich verleihen. Sowohl Reichswehr als auch Wehrmacht waren Wehrpflichtigenarmeen und begingen in zwei Weltkriegen die fürchterlichsten Verbrechen. Wir halten es mit Lenin, der in *Staat und Revolution* erklärt hat, dass der kapitalistische Staat zerschlagen und durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats ersetzt werden muss.

Die SAV ruft wiederholt zum Aufbau einer neuen Ar-

Beispiel die Gewerkschaftsirreführer und die bürgerlichen Politiker, zu bestärken.

Also, wie wird die revolutionäre Partei aufgebaut? Wie ändert sich Bewusstsein? Nun, das Bewusstsein der Arbeiterklasse wird sich grundlegend verändern durch die Intervention der revolutionären Partei in Kämpfe. Ich möchte mit einem wundervollen Zitat des polnischen Marxisten Isaac Deutscher enden. Viele der Essays in seinem Buch *Marxismus und die UdSSR* wurden während des Vietnamkrieges geschrieben. Hier schreibt er über Lenins Verständnis der Rolle der revolutionären Partei und des Bewusstseins der Arbeiterklasse. Er spricht über Russland vor der Revolution von 1917 und sagt, die Arbeiterklasse

„brauchte die Führung der Partei, damit sie zu ihrer revolutionären ‚Mission‘ aufsteigen konnte. Die Partei konnte sich folglich nicht lediglich mit den Arbeitern identifizieren und sich damit begnügen, ihre Stimmungen aufzunehmen und auszudrücken. Sie musste ihre Stimmungen formen. Sie hatte sich primär mit den fortschrittlichen Arbeitern zu identifizieren, um in der Lage zu sein, mit ihnen und durch sie die Rückständigen politisch zu erziehen. Die Partei mußte deshalb eine ‚proletarische Avantgarde‘, eine marxistische Elite, sein: klar-sichtig, diszipliniert, unbeugsam und fähig, den ‚Generalstab‘ der Revolution zu liefern.“

Diese Partei muss zu allen verschiedenartigen Elementen der Bevölkerung das Bewusstsein über den gemeinsamen Feind tragen, die Arbeiter und Unterdrückten mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Sehnsüchten international zusammenschweißen und sie in eine Waffe zur Niederschlagung der kapitalistischen Bestie verwandeln. ■

beiterpartei auf. Dieser Aufruf trifft die enorme Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Arbeiterklasse wegen der Sparmaßnahmen der SPD/Grünen-Regierung und des Berliner SPD/PDS-Senats. Doch die SAV ist berüchtigt dafür, immer zur Wahl irgendeiner kleinbürgerlichen Formation oder sozialdemokratischen Partei aufzurufen, zuletzt für die PDS. Deshalb ist es keine Überraschung, dass die Antwort der SAV auf die Frage, wie diese Partei aussehen soll, lautet: „Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde“ (*Solidarität*, April 2003). Tatsächlich argumentierte die SAV im März: „Man kann nicht ausschließen, daß Gysi und Lafontaine eine Initiative zu einer neuen Partei starten können. Sie haben es aber sicher nicht nötig, geschweige denn eilig damit.“ Die Arbeiterklasse braucht keine dritte sozialdemokratische Partei zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Wir kämpfen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, um der Arbeiterklasse das Instrument zu geben, das sie braucht, um dieses verrottete kapitalistische System zu stürzen, das imperialistischen Krieg und Rassismus hervorbringt.

Der damalige führende Trotzkist James Burnham erklärte gegen das Predigen der Klassenzusammenarbeit durch Pseudolinke:

„Daher ist es eine tödliche Illusion, anzunehmen, dass Revolutionäre ein gemeinsames ‚Programm gegen Krieg‘ mit Nicht-Revolutionären ausarbeiten können. Jede Organisation, die sich auf ein solches Programm gründet, ist nicht nur machtlos, Krieg zu verhindern, sondern trägt in Wirklichkeit dazu bei, Krieg zu fördern, weil sie sowohl auf ihre Weise der Aufrechterhaltung des Systems dient, das Kriege hervorbringt, als auch die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder vom wirklichen Kampf gegen den Krieg ablenkt. Es gibt nur *ein* Programm gegen den Krieg: das Programm *für* Revolution – das Programm der revolutionären Partei der Arbeiter.“ ■



Istanbul, 4. März: Demonstranten an Universität fordern „Stopp den Angriff auf den Irak“

Interimperialistische...

Fortsetzung von Seite 1

und an antiamerikanischen Nationalismus appellieren, verfolgen sie damit ihre eigenen imperialistischen Ziele.

Wie vorauszusehen, reagierte das Weiße Haus unter Bush auf all das mit der Arroganz, die aus einer überwältigenden militärischen Überlegenheit entspringt. Das Pentagon-Budget ist größer als die gesamten Militärausgaben aller anderen größeren Staaten der Welt zusammengenommen. Daher können sich die französischen und deutschen Führer den USA gezwungenermaßen nur auf diplomatischer Ebene entgegenstellen und das nur ziemlich vorsichtig. So zogen sie im NATO-Rat eine große Show ab, als wollten sie sich den Absichten der USA, zusätzliche Waffen an das Mitgliedsland Türkei zu liefern, entgegenstellen, und knickten dann doch nach ein paar Wochen ein. Dann hoffte die Bush-Bande zuerst, dass sich Frankreich, Russland und China im Sicherheitsrat eher der Stimme enthalten werden, als von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen. Aber selbst amerikanische Neokolonien wie Mexiko sträubten sich dagegen, einen US-Krieg gegen den Irak zu unterstützen, so dass die USA schließlich auf eine neue UN-Resolution verzichten mussten. Jetzt ist Washington voll dabei, den Nachkriegs-Irak zu planen. Aktuelle Vorschläge sehen vor, das Land in drei Verwaltungsbezirke aufzuteilen, ungefähr so, wie es zu Zeiten des Osmanischen Reiches war, bevor die britischen Imperialisten die schiitischen, sunnitischen und kurdischen Gebiete in ein künstliches Gebilde zwangen, das später der Irak wurde. Die irakische „Opposition“ hat sich pflichtbewusst dafür ausgesprochen, das Staatsmonopol an Öl zu entstaatlichen, um die Übernahme durch amerikanische Ölgesellschaften zu ermöglichen. Das jetzige Theater der kleineren Großmächte – Frankreich, Deutschland, Russland –, die jetzt ihren Platz am Trog des irakischen Öls fordern, wäre komisch, wenn es nicht die Vergewaltigung des Landes verheißen würde. Dagegen erklären USA und Britannien an die europäischen Mächte, dass diese nicht einen Cent aus der Goldgrube des „Wiederaufbaus“ nach dem Krieg erwarten können.

Der Krieg wird geführt unter dem Schlachtruf der Entwaffnung des Iraks. Die „Entwaffnung“ eines verhältnismäßig industrialisierten Dritte-Welt-Landes wie des Iraks bedeutet nicht nur das Abschichten Zehn- oder Hunderttausender Menschen, sondern auch die fortgesetzte Zerstörung von Industrie und Infrastruktur. Chlor zur Desinfizierung von Wasser und Pumpen für Bewässerung und Abwasserbeseitigung gehören zu den vielen Dingen, die

nach Meinung Washingtons militärisch verwendbar sind und daher durch die UN-Hungerblockade nicht ins Land gelassen werden. Dilip Hiro bemerkt in seinem Buch *Iraq: In the Eye of the Storm* (2002) [Irak: Im Auge des Sturms]: „Wegen der defekten Pumpen ergießt sich das Abwasser in die Flüsse, aus denen Trinkwasser gewonnen wird. Das wiederum führt zu Krankheiten wie Typhus und Ruhr, die 1997 epidemische Ausmaße annahmen.“ Wegen „möglicher Zweckentfremdung“ ebenfalls verbotene Artikel sind Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmittel, Dünger und Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen – sogar Lehrbücher, Schreibpapier und medizinische Impfstoffe, letztere, weil sie winzige Substanzmengen für potenzielle chemische Waffen enthalten.

Warum war Bush jr. fest entschlossen, das Werk, das sein Vater begonnen und dessen Nachfolger Bill Clinton von den Demokraten fortgeführt hat, zu vollenden? Die übliche Antwort lautet, dass die USA die irakischen Ölfelder in ihre Gewalt bekommen wollen, wo sich die nach Saudi-Arabien zweitgrößten Erdölreserven der Welt befinden. „Kein Blut für Öl!“ ist eine Hauptlosung bei den Antikriegsprotesten. Aber die USA hätten jedes vom Irak produzierte Fass Öl für einen Bruchteil der Kosten kaufen können, die für eine Invasion und Besetzung veranschlagt wurden – 75 bis 200 Milliarden Dollar. Die Männer, die Wall Street und Washington regieren, wollen *irakisches Blut* mindestens so sehr wie irakisches Öl. Sie wollen signalisieren, insbesondere ihren imperialistischen Hauptrivalen, dass sie militärische Macht besitzen und den Willen, diese auch einzusetzen, ohne Rücksicht darauf, was der Rest der Welt sagt oder tut. *Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Iraks! Alle US/UN-Truppen raus aus dem Nahen Osten und der Golfregion! Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan und dem Nahen Osten!*

Risse im westlichen „Bündnis“

Der jüngste politische Krach und die gegenseitigen Beschuldigungen im Fall Irak sind ein Zeichen für tief verwurzelte und sich schon lange entwickelnde Spannungen zwischen dem amerikanischen Imperialismus und seinen wichtigsten europäischen kapitalistischen Rivalen und ehemaligen antisowjetischen Verbündeten im Kalten Krieg. Vom Weißen Haus und dem Kongress bis zu Fernseh- und Radio-Talkshows heizt Amerikas herrschende Klasse den Volkszorn an, vor allem gegen Frankreich. Prominente Politiker, Demokraten wie Republikaner, fordern Strafmaßnahmen gegen französische und deutsche Importe. Pentagon-Generäle sprechen über die Reduzierung der in Deutschland stationierten US-Truppen und deren Verlegung in die inzwischen freundschaftlicheren Landstriche in Osteuropa und auf dem Balkan.

In einem Gastkommentar für die *New York Times* (14. Februar) bemerkte der französische Botschafter Jean-David Levitte: „Wenn ich die Zeitungen von beiden Seiten des Atlantiks lese, frage ich mich manchmal, ob der bevorstehende Krieg nicht zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten stattfindet.“ In gewissem Sinne ist die US-Invasion und -Besetzung des Iraks gegen Frankreich gerichtet oder, allgemeiner gesagt, gegen Amerikas Rivalen in Europa und auch gegen Japan.

Dass Menschenmassen in ganz Europa zu Antikriegsprotesten strömten, ist ein Ausdruck davon, dass die Werktätigen aus guten Gründen den amerikanischen Militarismus hassen und Angst vor ihm haben, die Angst, das Todes- und Zerstörungsarsenal des Pentagons könnte nicht nur gegen Dritte-Welt-Länder wie den Irak eingesetzt werden, sondern irgendwann auch gegen Europa. Diese Angst wurde durch die Veröffentlichung der „Nuclear Posture Review“ im

Fortgesetzt auf Seite 24

Interimperialistische...

Fortsetzung von Seite 23

letzten Jahr durch das Pentagon noch gesteigert; darin wird ausdrücklich ein nuklearer „Präventiv“angriff Amerikas in Betracht gezogen und es werden sieben mögliche Ziele aufgelistet, darunter (erstmalig) Länder, die keine Atomwaffen besitzen, wie z. B. der Irak. Aber wenn die Opposition der Bevölkerung gegen amerikanischen Militarismus nicht zum *proletarischen Internationalismus* hingelenkt wird, dann wird sie unweigerlich dahin gelenkt, die militärische Macht und die globale Rolle des „eigenen“ kapitalistischen Staates zu stärken.

Wenn sich die deutschen Imperialisten heute pazifistischer geben als ihr amerikanisches Gegenstück, so bedeutet das nicht, dass sie von Natur aus „friedfertiger“ wären. Es spiegelt einfach die Tatsache wider, dass ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt die militärischen Mittel fehlen, ihre amerikanischen Rivalen herauszufordern. Die europäischen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) intervenierten in die Antikriegsproteste vom 15. Februar, am Tag X und am 22. März mit der Position, die Verteidigung des Iraks gegen einen amerikanisch geführten Angriff mit absoluter Opposition gegen den Militarismus der bürgerlichen Staaten Europas zu verbinden.

Der SPD-Linke Lafontaine verschaffte sich in letzter Zeit Autorität unter Arbeitern, indem er die Austeritätsmaßnahmen der Schröder-Regierung angriff. Parallel dazu stellt er seine linke Rhetorik in den Dienst derselben Regierung. Einerseits appelliert er an die schrecklichen Erinnerungen an die Schützengräben des Ersten Weltkriegs, indem er am 24. Januar in Saarbrücken erklärte: „Wir wollen nicht, dass Arbeiter auf Arbeiter schießen.“ Doch nur wenige Tage nach Kriegsausbruch legte Lafontaine erneut seine Pläne für eine deutsch-französische imperialistische Achse gegen die USA dar: „Um die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, das internationale Recht zu beachten, brauchen wir ein starkes Europa. Den Anfang müssen Deutschland und Frankreich machen. Mit einer gemeinsamen Außenpolitik, einer gemeinsamen Armee und einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ (*Bild*, 24. März).

Auch die PDS unterstützt die SPD/Grünen-Regierung und Gabi Zimmer erklärte bei Kriegsausbruch: „Einerseits hat sie unseren Respekt für ihr Nein zum Krieg, andererseits schwant der Regierung, dass erhebliche Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen eintreten können“ (*Neues Deutschland*, 21. März). Die PDS hat gestern noch gesagt, dass sie wie Schröder gegen einen US-Krieg gegen den Irak ist, ob mit oder ohne UNO. Heute beschwört die PDS wieder Völkerrecht und UNO. Der führende PDSler André Brie erklärt in *Disput* (Februar 2003): „Denn die Weltorganisation wird von den USA nicht nur ignoriert oder unterhöhlt, sie wird auch gezielt zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen missbraucht. Zugleich erweist sich das auf der UN-Charta beruhende Völkerrecht jedoch als eines der letzten effektiven Hindernisse gegen die Durchsetzung einer imperialen, US-dominierten Weltordnung.“ Es geht also für die PDS darum, durch EU, UNO oder Völkerrecht die US-Interessen zurückzudrängen und die entgegengesetzten Interessen des deutschen Imperialismus entsprechend nach vorne zu bringen. Was Lafontaine und PDS hier verbreiten, ist giftiger Sozialchauvinismus (d. h. Sozialismus in Worten, aber Nationalismus bzw. Chauvinismus in Taten), der Schröder dabei helfen soll, die pazifistische Stimmung in der Arbeiterklasse der kriegstreiberischen deutschen Bourgeoisie von Auschwitz unterzuordnen!

Der Hauptantrag des PDS-Sonderparteitags zum Irakkrieg fordert: „Die UNO, die den Krieg nicht legitimiert hat und sich nicht zur Kriegspartei hat machen lassen, muss wie-

der Verantwortung für Frieden und Entwicklung im Irak übernehmen; Wiederaufnahme der Tätigkeit der UN-Waffenkontrollere... Das Embargo, das der Bevölkerung seit Jahren Hunger, Armut und Tod bringt, muss mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.“ Wir wollen hier daran erinnern: Sowohl das US-Wüstengemetzel (Operation „Wüstenturm“ genannt) von 1991 als auch das Embargo gegen den Irak waren durch UN-Resolutionen „legitimiert“. 1991 forderte die PDS genau dieses mörderische UN-Embargo, das in der Folge mehr als 1,5 Millionen Iraker durch Hunger, Not und Krankheiten umgebracht hat, als „friedliche Alternative“ zu den US-Bomben. Und was für eine bodenlose Lüge, die UNO als keine Kriegspartei darzustellen und scheinheilig nach den Waffeninspektoren zu rufen. Diese „Inspektoren“ haben die Vorbereitung für den Krieg gegen den Irak durchgeführt. Sie haben die Ziele für US-Bombardierungen ausspioniert, sie haben angebliche „Verletzungen“ der UN-Resolutionen geliefert, damit die USA einen Vorwand für den Krieg bekommen, und sie haben sogar den Irak dazu gezwungen, die wenigen Waffen, die er zu seiner Verteidigung besaß, zu vernichten.

Die UNO ist kein Instrument für Frieden, sie ist vielmehr, wie schon Lenin über ihren Vorgänger, den Völkerbund, erklärte, eine Höhle der imperialistischen Räuber, ihrer Lakaaien und ihrer Opfer. So war der erste Akt der von den USA gegründeten UNO, ein völkerrechtliches Feigenblatt für den Koreakrieg zu liefern, bei dem die Imperialisten über drei Millionen Koreaner abschlachteten. In dieser imperialistischen Weltordnung kann „Völkerrecht“ nichts weiter sein als das Faustrecht der stärksten, größten und reichsten Imperialisten, die den schwächeren Ländern diktieren, sich schön friedlich und möglichst entwaffnet ausbeuten zu lassen. Die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und den wichtigsten europäischen kapitalistischen Staaten, die durch die Irak-Krise zum Vorschein kam, weist auf die Teilung der kapitalistischen Welt in rivalisierende imperialistische Blöcke hin. Wie die IKL vor fünf Jahren in „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieb:

„Imperialistische Mächte und rivalisierende Blöcke, deren gegenseitige Feindschaft immer mehr zunimmt, müssen die frühere koloniale Welt und die immer noch unter dem Joch der kolonialen Sklaverei stehenden Völker unterdrücken, die Massen auf der ganzen Welt in Armut stürzen, immer wieder für die Aufrechterhaltung und Neuverteilung der Weltmärkte Kriege führen, um den Fall der Profitrate aufzuhalten, und versuchen, den revolutionären Kampf der Arbeiter niederzuschlagen, wo immer er ausbricht. Bei ihrer letzten wahnsinnigen Anstrengung, ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, wird die Bourgeoisie nicht davor zurückschrecken, die Menschheit in einen atomaren Holocaust oder eine repressive Diktatur von noch nie da gewesener Grausamkeit zu stürzen.“

Amerika kontra Europa in der nachsowjetischen Welt

Die NATO war 1949 unter strenger amerikanischer Kontrolle gegründet worden als ein Militärbündnis mit den westeuropäischen kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion, die durch ihren Sieg über die deutsche Nazi-Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg als zweitstärkste militärisch-industrielle Macht hinter den Vereinigten Staaten hervorgegangen war. Ein paar Jahre später bildeten die USA ein Militärbündnis mit Japan gegen die UdSSR, die Volksrepublik China und Nordkorea im Fernen Osten. Mit der Zerstörung der Sowjetunion durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 mussten die grundlegenden wirt-

schaftlichen Interessenkonflikte zwischen den wichtigen imperialistischen Staaten in den Vordergrund treten, die durch die Bündnisse des Kalten Krieges einigermaßen im Zaum gehalten worden waren.

Auf ihre Weise begriff das auch Amerikas herrschende Klasse. Sie erklärte ihren Staat zur „einzigen Supermacht der Welt“ und war entschlossen, dafür zu sorgen, dass dies auch so bleibt. Seit dem Untergang der Sowjetunion hat die NATO für den US-Imperialismus vor allem den Zweck, zu verhindern, dass die wirtschaftliche Stärke Europas, im Wesentlichen Deutschlands, in eine unabhängige Militärstreitkraft umgesetzt wird. So sabotierte in den 90er-Jahren das Weiße Haus unter Clinton konsequent jede eigenständige Politik der EU – insbesondere auf militärischer Ebene – in Bezug auf die Bruderkriege auf dem Balkan, die durch die kapitalistische Konterrevolution und das daraus resultierende Auseinanderbrechen Jugoslawiens entfacht wurden. Zwei linke Autoren, James Petras und Steve Vieux, erklärten hierzu:

„Der Zerfall der jugoslawischen Föderation und das anschließende Entstehen von Krieg führenden ethnischen Mini-Staaten bildeten den Hintergrund für die Wiederbelebung der NATO und die Erneuerung einer US-Hegemonie in Europa. Auf Kosten von Zehntausenden von Menschenleben blockierten die USA europäische Friedensinitiativen, um über die NATO ihre politische ‚Führung‘ auf dem Kontinent abzusichern.“ (*New Left Review*, Juli/August 1996)

Dennoch unterstützten Frankreich und Deutschland nicht nur die Angriffe der USA/NATO auf die bosnischen Serben 1995 und den Luftkrieg gegen Serbien 1999, sondern nahmen aktiv daran teil. Und Russland beteiligte sich an der anschließenden Besetzung des Kosovo im Rahmen der NATO-Befehlsstruktur mit einem amerikanischen General als Oberbefehlshaber.

Frankreich: große Klappe – nichts dahinter

Diesmal jedoch sind Paris, Berlin und Moskau anders aufgetreten. Das neogaullistische Regime von Jacques Chirac in Frankreich hat sich als der Hauptsprecher für anti-amerikanischen bürgerlichen Nationalismus in Europa hervorgetan. Aber diese Rolle entspricht nicht dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverhältnis in Europa. Frankreichs übertrieben hoher diplomatischer Status als eines der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, mit dem Vetorecht gegen Resolutionen, die von Amerika unterstützt werden, ist ein Überbleibsel aus den Anfangsjahren des Kalten Krieges. Trotz seines kleinen Atomwaffenarsenals – der Force de Frappe – ist Frankreich ein zweitrangiger imperialistischer Staat.

Deutschland ist die dominierende wirtschaftliche Macht in Europa. Und dann gibt es Russland, das hinter den Kulissen wartet. Die kapitalistische Konterrevolution hat zu einem katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang geführt, beispiellos in der Geschichte moderner Industrieländer. Trotzdem erbten Russlands neue kapitalistische Herrscher von der UdSSR ein mächtiges Atomwaffenarsenal und starke konventionelle Streitkräfte. Ein Bündnis zwischen Deutschlands wirtschaftlichen und technologischen Ressourcen und Russlands militärischem Potenzial würde eine gefährliche Herausforderung für Amerikas globale Vorherrschaft darstellen.

Vorläufig jedoch versucht Frankreich auf diplomatischer Ebene den USA das Spiel zu verderben. Das ist an und für sich nichts Neues. Frankreich spielte auch schon während des Kalten Krieges den Einzelgänger im westlichen Bündnis. Seit Staatspräsident Charles de Gaulle in den 60er-Jahren haben Frankreichs herrschende Kreise ihre „Unabhängigkeit“ von Washington zur Schau gestellt, ohne sich jedoch Ameri-

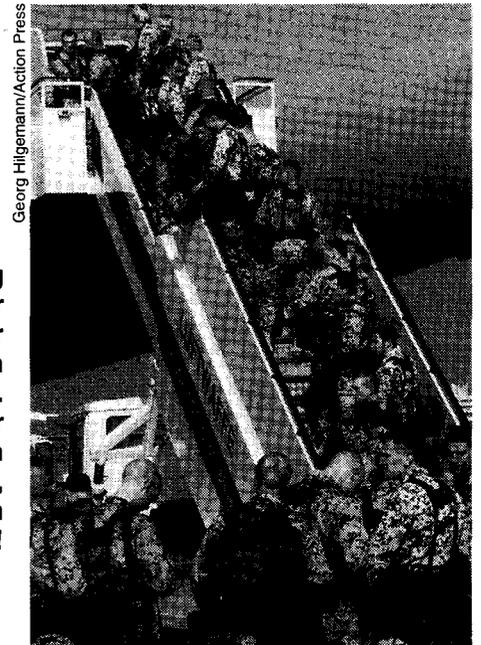
kas strategischen Interessen ernsthaft entgegenzustellen.

Während des diplomatischen Vorgeplänkels zum Golfkrieg von 1991 spielte Mitterrand den „guten Bullen“ für das Amerika von Bush senior. In den 90er-Jahren drang Frankreich zusammen mit Russland darauf, die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak zu lockern, wurde aber vom Weißen Haus unter Clinton abgewiesen. So hat es sich weiterhin an der Hungerblockade gegen den Irak beteiligt.

Die Irak-Krise und die Neue Weltordnung

Warum dann der plötzliche und massive Ausbruch von Widerstand in Westeuropa gegen eine militärische Machtübernahme im Irak durch die USA? Die gängige Antwort ist einfach: George W. Bush. Sicherlich hat diese extrem rechts-

**Verstärkung
deutscher
imperialistischer
Truppen in
Kuwait.
Bundeswehr
raus aus dem
Balkan,
Afghanistan
und Nahost!**



gerichtete Regierung in Washington mit ihrer Ideologie „Amerika über alles“ das gespannte Verhältnis zu ihren europäischen „Verbündeten“ verschärft und die öffentliche Meinung in Europa gegen sich aufgebracht. Bei den Werktätigen Europas gibt es wirklichen Hass auf den rassistischen Kriegstreiber im Weißen Haus, genauso wie bei den Arbeitern, Schwarzen und Latinos in den USA.

Aber Hass der Bevölkerung auf Krieg hat nichts zu tun mit den Gründen, weswegen sich die französischen Gaullisten und die deutschen sozialdemokratischen Führer zurzeit gegen eine US-Invasion und -Besetzung des Iraks sperren. Der gegenwärtige Riss im westlichen „Bündnis“ hat zum Teil seine Ursache in dem weltweiten wirtschaftlichen Abschwung, der durch den Börsenkrach an der Wall Street beschleunigt wurde. In den 90er-Jahren verdienten europäische, vor allem deutsche, Industrielle und Finanziers eine Menge Geld in den USA durch steigende Exporteinnahmen, steigende Verkaufseinkünfte ihrer in Amerika ansässigen Betriebe und Kapitalgewinne auf ihre Aktienanteile an Hightech- und anderen amerikanischen Firmen. Doch dann brach die US-Hochkonjunktur zusammen und viele Europäer gingen baden. Und es kam noch schlimmer, denn die Bush-Regierung suchte ihr Heil im Handelsprotektionismus, z. B. bei Stahlimporten.

Als die USA Anstalten machten zur Übernahme des Iraks, ließ das bei den herrschenden Kreisen Frankreichs und Deutschlands eine ganze Menge an aufgestautem Groll aufbrechen – Handelspolitik, die Beherrschung des Weltmarktes für Öl durch Anglo American, das weltweite Protzen der USA mit ihrer Macht von Afghanistan bis zu den Philippinen. Als Reaktion darauf versuchte die Bush-Bande

Fortgesetzt auf Seite 26

Interimperialistische...

Fortsetzung von Seite 25

die französisch-deutsche Führung in der Europäischen Union zu untergraben. Ende Januar brachte Außenminister Colin Powell die Regierungen Britanniens, Italiens, Spaniens, Dänemarks, Portugals, Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik auf Linie und ließ sie in einem so maßgeblichen Organ wie dem *Wall Street Journal* eine Erklärung für den Krieg und für Amerika abgeben.

Powells Manöver enthüllte und vertiefte die Spaltung in Europa zwischen Ost und West. Die neuen kapitalistischen Herrscher der Länder des ehemaligen Sowjetblocks sind der EU beigetreten oder haben sich um ihre Mitgliedschaft beworben in der Erwartung, von den weit wohlhabenderen westeuropäischen Ländern, vor allem Deutschland, großzügige finanzielle Unterstützung zu erhalten. Aber jetzt bietet sich ihnen die Gelegenheit, Washington gegen Paris und Berlin auszuspielen, um vielleicht noch größere wirtschaftliche Gegenleistungen herauszuschlagen. Der französische Präsident Chirac war so wütend über die Unterstützung der neuen EU-Mitgliedschaftskandidaten in Osteuropa für die amerikanische Position zum Irak, dass er wie wild um sich schlug: „Es ist ein ungezogenes Benehmen ... Sie haben eine gute Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten.“

Ursache für Chiracs Schimpfkanonade sind einige Grundwahrheiten. Erstens fehlen Frankreich, selbst im Zusammenspiel mit Deutschland, die wirtschaftlichen Mittel, geschweige denn die militärische Macht, selbst in seinem eigenen Hinterhof den amerikanischen Einfluss unter Kontrolle zu halten. Zweitens gibt es so etwas wie „Europa“ im politischen Sinne nicht. Die EU ist ein Block von bürgerlichen Nationalstaaten, deren Herrscher ihre eigenen gegensätzlichen Interessen verfolgen, wobei sie einander häufig in den Rücken fallen.

Tatsächlich gab es in der Zeit vor der Irak-Krise erhebliche Konflikte zwischen den größeren EU-Staaten. Frankreich und Deutschland stritten sich über Agrarsubventionen; Frankreich und Italien über Handelsbestimmungen bei Wein und Käse; Frankreich und Britannien über Arbeitsplatzverluste bei der Schließung britischer Firmen in Frankreich. Die einzige Politik, wo diese westeuropäischen kapitalistischen Regime zusammenarbeiteten, waren Polizeistaatsmaßnahmen gegen Immigranten und verschärfte Angriffe auf die Gewerkschaften und auf Sozialleistungen.

Die allgemeine Politik von Frankreich und Deutschland im Nahen Osten ist ganz unterschiedlich, in gewissem Maße sogar entgegengesetzt. Bei ihrer Orientierung auf die arabisch-nationalistischen Regime bekunden Frankreichs herrschende Kreise (wenn auch heuchlerisch) Sympathie für die Sache der Palästinenser. Außerdem hat Frankreich einen großen arabischen Bevölkerungsanteil, vor allem aus seinen ehemaligen nordafrikanischen Kolonien, der den Widerstand der Palästinenser gegen die mörderische israelische Besatzung leidenschaftlich unterstützt. Deutschland andererseits ist ein wichtiger Geldgeber für Israel, übertroffen nur von den USA. Daher könnten die Auswirkungen einer amerikanischen Invasion des Iraks auf Israel/Palästina leicht zum Bruch im gegenwärtigen Block von Paris/Berlin gegen die USA führen.

Die zionistischen Herrscher erwarteten mit Freude den amerikanischen Angriff auf den Irak als eine Gelegenheit, den palästinensischen Widerstand völlig zu zerschlagen, möglicherweise durch die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in die umliegenden arabischen Staaten. *Le Monde* (20. Februar) zitierte einen „sehr ranghohen Vertreter des Militärs“, der daran erinnerte, dass „die erste Intifada [Palästinenseraufstand] durch den ersten Golfkrieg

beendet wurde“. Der gegenwärtige Palästinenseraufstand „könnte auf dieselbe Weise enden“, erklärte er, „wenn der amerikanische Angriff stattfindet und siegreich ist“.

Während Washington seinen israelischen Juniorpartner bei dessen blutiger Unterdrückung der Palästinenser offen unterstützt, spielt es sich gegenwärtig zynisch als Verteidiger der kurdischen nationalen Minderheit im Irak auf. Aber um sich die Türkei als Basis für einen amerikanischen Einmarsch in den Nordirak zu sichern, boten die USA dem Regime in Ankara Milliarden von Dollars an und die Erlaubnis für dessen Armee, die für ihren Vernichtungskrieg im türkischen Kurdistan berüchtigt ist, kurdische Gebiete des Iraks zu besetzen. Erst als die Türkei nicht als US-Aufmarschgebiet zur Verfügung stand, haben sich die USA prompt lautstark gegen einen weiteren türkischen Einmarsch in den Nordirak gestellt. Die SPD/Grünen-Regierung unterdrückt und verfolgt kurdische Arbeiter in Deutschland, die sich für die kurdische Unabhängigkeit einsetzen, und der deutsche Imperialismus ist Pate am Massendmord an Kurden in der Türkei. Die Drohung der Regierung, im Falle eines Vormarschs der Türkei Soldaten aus den AWACS-Flugzeugen abzuziehen, hat überhaupt nichts mit der Verteidigung der Kurden im Nordirak zu tun, sondern entspricht ihrer Sorge um eine Destabilisierung der Türkei. Alle Imperialisten sind fest entschlossen, keinerlei nationale Selbstbestimmung der Kurden zuzulassen.

Nur in einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens können die nationalen Rechte aller Völker der Region erlangen, von den Palästinensern bis zur kurdischen Bevölkerung, die zwischen Irak, Iran, Syrien und der Türkei aufgeteilt ist. Zur Verwirklichung einer *Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan* ist es notwendig, dass diese vier bürgerlichen Staaten alle durch die Arbeiterklasse gestürzt werden.

Für die bedingungslose militärische Verteidigung von Nordkorea und China!

Die US-Invasion des Iraks findet im Namen des „weltweiten Krieges gegen den Terror“ statt, den die US-Herrscher nach dem kriminellen Anschlag islamischer Fundamentalisten auf das World Trade Center am 11. September ausgerufen haben. Osama bin Ladens Al-Qaida-Netzwerk und die es unterstützenden afghanischen Mudschaheddin wurden ursprünglich *von der CIA organisiert, bewaffnet und finanziert*, damit sie in den 80er-Jahren die sowjetische Armee in Afghanistan bekämpfen. 1989 zog das „liberal“-stalinistische Regime von Michail Gorbatschow die letzten sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan ab, um den amerikanischen Imperialismus zu beschwichtigen. Auf den Rückzug der Sowjetmacht aus Afghanistan folgte bald die kapitalistische Konterrevolution, die ganz Osteuropa überrollte und dann die UdSSR selbst zerstörte.

Danach setzte Washington auf „islamischen Terrorismus“ als neuen äußeren Feind, gegen den die Bevölkerung zusammengetrommelt werden sollte. Die in Afghanistan operierenden islamisch-fundamentalistischen Terroristen ihrerseits wandten sich gegen ihre ehemaligen amerikanischen Zahlmeister. Die US-Herrscher rechtfertigten den Einmarsch in Afghanistan 2001 als Rachefeldzug. Er diente aber auch einem weiter reichenden strategischen Zweck, indem er US-Streitkräften Zugang zu den zentralasiatischen Ländern verschaffte, die an Russland und China grenzen. Auch die SPD/Grünen-Regierung nutzte die Gelegenheit, Truppen in die Region zu bekommen, und führt die imperialistischen Besatzungstruppen in Afghanistan an.

Der Irak hatte natürlich überhaupt nichts mit dem Anschlag vom 11. September zu tun. Das arabisch-nationalistische Regime in Bagdad und islamisch-fundamentalistische Gruppen wie Al Qaida sind Todfeinde. Man muss



Uwe Steinert

SPD/PDS-Abschiebeknast Berlin-Grünau. 70 Flüchtlinge waren im Hungerstreik gegen Horrorbedingungen; 31 wurden seit Jahresbeginn in Selbstmordversuche getrieben. Arbeiterklasse muss für volle Staatsbürgerrechte für alle kämpfen

sich nur daran erinnern, dass Saddam Hussein während des zweiten Kalten Krieges ein Klient der Sowjetunion war, während Osama bin Laden ein Aktivposten der CIA war.

Die Bush-Bande hat deutlich gemacht, dass nach der Übernahme des Iraks ihr nächstes Ziel Nordkorea sein könnte. Hinter Nordkorea steht, geographisch wie politisch, China, der bei weitem mächtigste der übrig gebliebenen Staaten, wo der Kapitalismus gestürzt wurde (die anderen sind Nordkorea, Vietnam und Kuba). Nachdem die amerikanischen Imperialisten ihr Jahrzehnte lang verfolgtes Ziel, die Sowjetunion zu zerstören, erreicht haben, betrachten sie das Fortbestehen der Volksrepublik China als eine sehr wichtige unerledigte Angelegenheit. Ihr Ziel: die Chinesische Revolution von 1949 rückgängig zu machen, um China zu unterjochen und auszubeuten. Ihre Strategie: militärischen Druck von außen mit kapitalistischer Durchdringung im Inneren zu verbinden, die durch die „Markt-reformen“ von Beijings korrupter stalinistischer Bürokratie ermöglicht wird.

Wir treten ein für die Verteidigung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten China und Nordkorea gegen imperialistische Angriffe von außen und eine kapitalistische Konterrevolution im Inneren. Das bedeutet besonders unter den gegenwärtigen Umständen, für das Recht Nordkoreas einzutreten, Atomwaffen zusammen mit dem Trägersystem zu entwickeln, das notwendig ist, um sie gegenüber der Pentagon-Kriegsmaschinerie zu einem wirksamen Abschreckungsmittel zu machen.

Gerade weil Nordkorea möglicherweise einige Atombomben und effektive Mittelstreckenraketen und sicherlich eine starke konventionelle Streitmacht besitzt, gehen selbst Bush & Co. vorsichtig und auf Umwegen gegen das Land vor. Erst einmal versuchen sie, Japan, Russland und China dafür zu mobilisieren, dass sie wirtschaftlichen Druck auf das Regime von Kim Jong Il ausüben, um eine „internationale“ (d. h. imperialistische) Kontrolle über seine Atomanlagen wiederherzustellen.

Das entscheidende Land hierbei ist China, da es den größten Teil der Wirtschaftshilfe zur Verfügung stellt, vor allem Lebensmittel und Treibstoff, von denen das belagerte und verarmte Regime in Pjöngjang abhängig ist. China hat die Macht, jede Maßnahme der USA zu schärferen Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea zu blockieren, nicht nur im UN-Sicherheitsrat, sondern, was wichtiger ist, in der Wirklichkeit. Jedoch hat die stalinistische Bürokratie in Bei-

jing wiederholt betont, mit den Forderungen der Imperialisten nach einer „atomwaffenfreien Halbinsel Korea“ übereinzustimmen, und hat versucht, das Regime in Pjöngjang unter Druck zu setzen, damit es seine Politik „mäßige“. Eine derartige kriminelle Beschwichtigungspolitik ermutigt nur die Imperialisten in ihrem Bestreben, die Konterrevolution in China selbst zu schüren.

Im Grunde verlangt die Verteidigung derjenigen Staaten, wo der Kapitalismus gestürzt wurde, die Ausweitung der proletarischen Herrschaft auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Doch diese Perspektive ist den nationalistischen Bürokratenkasten, die in China und Nordkorea herrschen, nicht nur fremd, sondern auch ein Gräuelf. Die stalinistischen Bürokraten fürchten, dass eine sozialistische Revolution in Südkorea und Japan schnell gegen sie selbst eine proletarisch-politische Revolution durch die chinesischen und nordkoreanischen Arbeiter und Bauern auslösen könnte. Ebenso hätte eine politische Revolution in China oder Nordkorea eine enorme Auswirkung auf Südkorea und auf Japan, das industrielle Kraftzentrum Asiens.

Für Klassenkampf gegen die deutschen kapitalistischen Herrscher!

Es ist bemerkenswert, dass Hunderttausende Schüler zu kämpferischen Antikriegsprotesten auf die Straßen strömten. Oft waren diese Proteste ethnisch recht integriert. Wir intervenierten in diese Proteste, um die Notwendigkeit zu erklären, sich mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse zu vereinen, d. h. mit denjenigen, die gezwungen sind für ihren Lebensunterhalt ihre Arbeitskraft zu verkaufen und die den gesamten Reichtum der Gesellschaft produzieren. Diese ökonomische Rolle ermöglicht es ihnen nicht nur, die bürgerliche Gesellschaft durch Streiks zu einem Stillstand zu bringen, sie haben auch die Macht die Kapitalistenklasse wegzufügen, der die gesamten Produktionsmittel (Fabriken usw.) gehören und die den Arbeitern das, was sie produzieren, stehlen.

Bei den Demos wird die Forderung nach Sperrung des Luftraums für US-Flugzeuge an die SPD/Grünen-Regierung gerichtet. Sicherlich würde kein vernünftiger Marxist eine Maßnahme der Regierung denunzieren, die der kriegstreiberischen Bush-Gang ein Hindernis in den Weg legt, wenn auch nur ein bescheidenes. Aber es ist die Pflicht

Fortgesetzt auf Seite 28

Interimperialistische...

Fortsetzung von Seite 27

von Kommunisten in Deutschland, unerschütterliche Opposition gegenüber dem deutschen Imperialismus und seinen sozialdemokratischen Agenten aufrechtzuerhalten. Und die Realität ist: Die SPD/Grünen-Regierung hat die Bundeswehr mobilgemacht, damit den US-Basen ja keine Probleme durch Kriegsgegner bereitet werden. Wir verkauften bei Blockaden hiesiger US-NATO-Basen, von denen aus der Nachschub für die US-Kriegsmaschinerie im Irak geliefert wird. Diese Proteste wurden wiederholt von Schröders Bullen angegriffen. Dort argumentierten wir für Gewerkschaftsmobilisierungen, um die Basen dicht zu machen und die Transporte von Kriegsmaterial zu stoppen. Bei diesen Protesten stellt sich hier in Deutschland die zentrale Frage: Werden sie sich entlang einer Achse des Nationalismus oder des proletarischen Internationalismus entwickeln? Man muss die Verteidigung des Iraks mit Opposition gegen den deutschen Imperialismus verbinden. Nur gegen die Verwüstungen des *amerikanischen* Imperialismus im Nahen Osten zu protestieren wäre eine krasse Kapitulation vor dem deutschen Nationalismus. Wir sagen: *Kein Mann, keinen Cent für die imperialistische Armee! Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan und dem Nahen Osten! Nieder mit dem Krieg nach innen: Nieder mit der Anti-„Terror“-Hexenjagd gegen Immigranten und Linke! Nieder mit den sozialen Angriffen auf Arbeiter und Arbeitslose!*

Die Furcht und die Wut über den Irakkrieg sind groß in der deutschen und europäischen Arbeiterklasse. Daher riefen der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der DGB am 14. März zu einer 10-minütigen Arbeitsniederlegung gegen den Irakkrieg auf, um Dampf abzulassen. Selbst für diese minimale Aktion wurde kaum mobilisiert; trotzdem nahmen Hunderttausende Arbeiter daran teil. Die Stuttgarter Autobetriebe mit ihrem hohen Anteil von Arbeitern kurdischer und türkischer Herkunft zeigen die Bereitschaft der Arbeiterklasse zu Antikriegsaktionen. Zusammen mit Schülern organisierten sie eine Demonstration von 10000, die durch die Stadt zog. Doch die Gewerkschaftsspitzen versuchten krimineller Weise, diese Antikriegsproteste der SPD/Grünen-Regierung unterzuordnen, und erklärten: „Mit diesem europaweiten Protest stärken wir die Regierungen, die im UN-Sicherheitsrat verhindern wollen, dass die Welt in ein gefährliches Kriegs-Abenteuer gestürzt wird“ (DGB-Aufruf, 10. März).

Es gehört zum Kalkül der sozialdemokratischen Führer, mit ihrer Opposition zum Krieg der arbeitenden Bevölkerung leichter ihre brutalen Maßnahmen des kapitalistischen Kahlschlags reinzuwürgen, den die SPD (und auf Landesebene die PDS) an der Macht durchzudrücken versucht. So kündigte Schröder am gleichen Tag, an dem die EGB/DGB-Proteste gegen den Krieg stattfanden, in seiner Regierungserklärung von „Blut, Schweiß und Tränen“ die wohl massivsten sozialen Angriffe seit Ende des Zweiten Weltkriegs an. So soll das Arbeitslosengeld mit der Sozialhilfe, die man drastisch kürzen will, zusammengelegt werden. Bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von knapp fünf Millionen ist dies ein Rezept, ganze Bevölkerungsschichten zu verarmen. Hinzu kommt noch, dass die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch sowohl unter Immigranten und ihren hier geborenen Kindern und Enkeln als auch unter Frauen und besonders unter allein stehenden Müttern ist, und es ist klar, wen diese Schweinereien am härtesten treffen; damit soll der Druck enorm verschärft werden, durch Niedrigstlöhne die Tarifverträge vollends auszuhebeln und die Macht der Gewerkschaften gewaltig zu unterminieren. Und es gibt die brutalen Angriffe auf die Gesundheitsversorgung, wo den Kapitalisten ihr Zahlungsanteil für ganze



Dario Orlandi/Indymedia

Italien: Gleise besetzt, um Kriegsmaterial zu stoppen. Banner: Gegen kapitalistischen Krieg – Generalstreik!

Versorgungsbereiche abgenommen und auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden soll.

An der Arbeiterbasis kocht es und so sehen sich die Gewerkschaftsspitzen gezwungen, Abwehrkämpfe anzukündigen, und drohen Schröder mit einem „noch nie dagewesenen Widerstand“. DGB-Chef Sommer sorgt sich dabei vor allem, Schröder laufe „Gefahr, die SPD zu zertrümmern“ (*junge Welt*, 31. März). Auf dem Bundesjugendkongress der IG Metall erklärte Zwickel, dass die Gewerkschaftsspitzen „keinen totalen Konfrontationskurs“ gegen SPD/Grüne fahren, denn sie sehen „keine Option für eine andere Mehrheit, die unseren reformpolitischen Vorstellungen näher kommt, als die jetzige Regierung“ (*jW*, 1. April). Er wurde heftig kritisiert, so meinte ein junger Gewerkschafter: „Wir brauchen keine schwammigen Aussagen mehr, sondern wir müssen raus auf die Straße, und zwar gegen diese Regierung.“ Richtig. Gleichzeitig ist ein politischer Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die aufs Engste mit der Sozialdemokratie verbunden ist, notwendig. Sie unterstützt die SPD/Grünen-Regierung als ein kleineres Übel und verfolgt eine Politik, die den Rahmen des Kapitalismus akzeptiert und auf Klassenzusammenarbeit beruht. Wir müssen die Bürokraten rausschmeißen und eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung aufbauen, was eng mit dem Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei verbunden ist.

Seit dem 11. September entfesselten SPD/Grüne nach innen eine Treibjagd gegen Immigranten mit muslimischem Hintergrund, besonders mit Hilfe der rassistischen Rasterfahndung, und schredderten mit ihren „Anti-Terror-Paketen“ Bürgerrechte der gesamten Bevölkerung. Allein von 1998 bis 2001 hat diese Regierung 135 000 Immigranten abgeschoben. Wie drastisch sich der Staatsterror verschärft hat, kann man auch daran ermessen, dass im Abschiebeknast Grünau im SPD/PDS-regierten Berlin allein seit Anfang dieses Jahres 31 Flüchtlinge versucht haben Selbstmord zu begehen. Ein verzweifelter Hungerstreik von 70 Flüchtlingen im Januar gegen die Brutalität der Gefängniswärter, menschenunwürdige Hygienebedingungen usw. führte nur zu weiteren hohlen Versprechungen des SPD/PDS-Senats. Der ganze Zweck von Abschiebeknasten ist es, Flüchtlinge und Asylbewerber so weit zu quälen, dass ihnen ihre Abschiebung ins Elend, oft genug mit Folter oder Tod verbunden, als ein kleineres Übel erscheinen soll.

Die oft mutigen und verzweifelten Protestaktionen von Flüchtlingen müssen von den Gewerkschaften aufgegriffen und unterstützt werden, denn diese haben die soziale Macht, Flüchtlinge und alle Opfer des rassistischen

Staatsterrors zu verteidigen. Das ist nicht zuletzt auch entscheidend dafür, um die Gewerkschaften selbst gegen die rassistischen Spaltungsversuche durch die SPD/Grünen-Regierung, den SPD/PDS-Senat und die Bosse zu schützen, denn der rassistische Staatsterror dient vor allem dem Zweck, Widerstand der Arbeiterklasse gegen die sozialen Angriffe abzulenken und zu schwächen. Stattdessen organisiert die Ver.di-Bürokratie Wachschutzleute und Gefängniswärter und die DGB-Bürokraten organisieren die Bullen-„gewerkschaft“! Wachschutz, Gefängniswärter, Bullen sind die bewaffnete Faust des bürgerlichen Staates: Sie sind professionelle Streikbrecher und dafür verantwortlich; Abschiebungen und die kalkulierte Terrorisierung durch die Abschiebeknäste durchzuführen. *Bullen, Wärter, Wachschutz – Raus aus DGB und ver.di! Stoppt Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!*

Bei allen kürzlichen Wahlen (in Hessen und Niedersachsen) verlor die SPD etwa ein Drittel ihrer Wählerschaft, besonders in der Arbeiterklasse, aufgrund ihrer brutalen sozialen und rassistischen Angriffe. Wenn Lafontaine jetzt linke Kritik an der Schröder-Regierung übt, so versucht er damit vor allem, sich für den Fall eines möglichen Zerbrechens der SPD/Grünen-Koalition zu positionieren, die Scherben aufzusammeln und insbesondere zu verhindern, dass Arbeiter und Linke von der SPD brechen. Zynisch belügt Lafontaine die Massen sowohl unzufriedener SPD-Basismitglieder als auch linker Arbeiter und Ge-

werkschafter: „Die SPD kämpft seit 140 Jahren für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ (*Bild*, 3. Februar). In Wahrheit ist die SPD seit ihrer Unterstützung für die Kriegskredite des Kaisers im August 1914 beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs offen auf die Seite der eigenen, deutschen Bourgeoisie übergegangen. Es waren die SPD und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen, die die deutschen Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern zum gegenseitigen Abschachten in den Krieg schickten. Danach retteten sie die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie, indem sie die Arbeiterrevolution 1918/19 in Blut ertränkten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die SPD als antikommunistisches Bollwerk innerhalb der Arbeiterklasse mit der entscheidenden Hilfe der US-Imperialisten wieder aufgebaut. Während des Kalten Krieges finanzierte und unterstützte sie die konterrevolutionäre polnische Solidarność, sie bezog eine Seite mit den US-Imperialisten in Afghanistan gegen die Sowjetunion. Und die SPD (mit Lafontaine als Kanzlerkandidat) trug alles, was sie konnte, dazu bei, den ost- und westdeutschen Arbeitern 1990 die kapitalistische Wiedervereinigung reinzuwürgen.

Die damalige SED-PDS war 1989/90 zentral dafür verantwortlich, die prokommunistischen Arbeiter der DDR in die Konterrevolution zu führen. Ende 1989 löste sie so schnell sie konnte die Betriebskampfgruppen, die eine Art Arbeitermiliz waren, auf, weil diese nicht mehr unter ihrer

Fortgesetzt auf Seite 30

Port Package...

Fortsetzung von Seite 6

einem Containerterminal wurde ein Journalist des Geländes verwiesen. Einige Gewerkschaftssprecher jammerten nach dem Motto: „Jetzt, nachdem wir ihnen geholfen haben, haben sie bekommen, was sie wollten, und jetzt, wo wir an der Reihe sind, lassen sie uns im Stich.“ Das zeigt nur, dass es kein gemeinsames Interesse mit den Bossen gibt und dass sich Klassenzusammenarbeit nicht auszahlt.

Für Klassenkampf gegen das Port Package

Am 17. Januar gab es wieder eine europaweite Aktion und die Hafentarbeiter Frankreichs und Belgiens haben ihre Häfen tatsächlich 24 Stunden dichtgemacht. In Hamburg nahm der Protest die Form einer „Aktion“ an, die auf eine vierstündige Arbeitsniederlegung innerhalb des Hafens hinauslief. Die Streikfrage kam auf und die Gewerkschaftsbürokraten haben sich nicht getraut, das Gesetz, welches politische Streiks in Deutschland verbietet, zu missachten. Ein Arbeiter erzählte *Spartakist*, dass ein Betriebsrat zu Beginn der Aktion sogar aus dem Grundgesetz vorgelesen hat. Sicher waren sie auch in Sorge, dass die Arbeiter über die Aktionspläne der Gewerkschaft hinausgehen könnten, um zum Beispiel nicht nur gegen das EU-Parlament zu streiken, sondern auch gegen die verhasste Schröderregierung, wie sich einige Leute gegenüber *Spartakist*-Verkäufern äußerten. Während der Aktion haben die HHLA-Kollegen das Eurogate-Gelände „unbefugt“ betreten, um ihre Kollegen dort zu treffen, danach sind alle zusammen rüber auf das HHLA-Gelände in die dortige Kantine marschiert, wobei sie eine lange Schlange LKWs hinter sich ließen, die nicht abgefertigt wurden.

Viele Hafentarbeiter, die an dem Protest am 10. März teilnahmen und mit *Spartakist*-Verkäufern sprachen, drückten ihre Wut auf das Port Package aus, aber auch auf die Gewerkschaftsführung, die sich weigerte einen Streik durchzuführen. Die Häfen in Belgien, Finnland, Frankreich und Spanien wurden für 48 Stunden bestreikt. Am Freitagabend vor den Protesten konnte man in der Tagesschau Hafentar-

arbeiter aus Antwerpen sehen, die sich in Brüssel mit belgischen Bullen schlugen, während sie versuchten an das EU-Hauptquartier heranzukommen, das mit Polizeibarrikaden, Wasserwerfern und Tränengas geschützt werden musste. In Hamburg traute sich die Gewerkschaft nicht einmal, einen Streik auszurufen, und verbannte die Kundgebung auf ein entfernt liegendes Brachgelände. Der absolute Höhepunkt bzw. Tiefpunkt war dann die Überreichung einer Unterschriftenliste an die HHLA-Bosse. Die Unterschriftenliste forderte absurderweise den verhassten Bürgermeister und den Wirtschaftssenator der CDU/Schill-Regierung sowie die Hafentarbeiter auf, „ihren politischen Einfluss einzubringen“, weil das Port Package die Situation der Hafentarbeiter massiv verschlechtert. Als die Unterschriftenbögen verteilt wurden, warnte ein Betriebsrat: „Einen 48-Stunden-Streik könnt ihr euch aus dem Kopf schlagen.“

Die Ehe, die die Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen System hat, und ihre politische Verbindung mit der SPD/Grünen-Regierung ist ein Hindernis für unabhängige Gewerkschaftsaktionen, ob nun gegen das Port Package oder zum Beispiel gegen den Irakkrieg – wie das Dichtmachen von Seehäfen und Bahnlagen für NATO-Waffentransporte. Die Hafentarbeiter in Genua haben am ersten Tag des US-imperialistischen Angriffs auf den Irak ihren Hafen für 24 Stunden dichtgemacht. Hierzulande hängt die Gewerkschaftsbürokratie am Rockzipfel Schröders und hilft ihm, sein Versprechen an die Bush-Administration zu halten, Waffentransporten in Deutschland zu Land, zu Wasser und in der Luft freies Geleit zu geben. So wie in Emden, wo die Hafentarbeiter am 17. Januar auch an der Aktion gegen das Port Package teilgenommen haben. Aber die Gewerkschaftsführung nahm die Hafentarbeiter von der Aktion aus, die das Kriegsmaterial der britischen Armee verladen mussten, die Kanonen, mit denen irakische Frauen, Männer und Kinder abgeschlachtet werden. Während die Mehrheit der Arbeiter gegen Krieg ist und Möglichkeiten, Waffentransporte zu blockieren, ergreifen würde, sabotieren die Gewerkschaftsbürokraten solche Versuche. Sie wollen auf keinen Fall kapitalistische Gesetze brechen – aber wie will man gewinnen, wenn man nach den Regeln der Bosse spielt? ■



Der Tagesspiegel

Stuttgart, 22. März: Schröders Bullen räumen Antikriegsblockade vor US-Kommandozentrale

Verteidigt Irak...

Fortsetzung von Seite 32

Arbeiter in Italien, Schottland und anderswo haben bereits Arbeiteraktionen gegen den Krieg durchgeführt; dabei boykottierten sie auch militärische Güter, die für den Persischen Golf bestimmt waren. Solche Aktionen zeigen, welche Art von Arbeiterkämpfen notwendig sind, vor allem im Inneren der amerikanischen imperialistischen Bestie. Das Hindernis dabei ist die AFL-CIO-Gewerkschaftsbürokratie, die amerikanische Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder und -schwestern rund um die Welt ausspielt, indem sie nationalen Chauvinismus predigt und die Arbeiter den beiden Parteien kapitalistischer Herrschaft, Demokraten und Republikanern, unterordnet.

Die Verteidigung des Iraks ist untrennbar mit der Verteidigung des palästinensischen Volkes gegen zionistischen Terror verbunden. Die rechte Sharon-Regierung, die gegenwärtig bis zu einem Dutzend Palästinenser täglich

niedermetzelt, könnte sehr wohl den Krieg als Deckung benutzen, um ein völkermörderisches Programm der Zwangsvertreibung der Palästinenser umzusetzen. Der vorläufige Mord an einer jungen amerikanischen Studentin, Rachel Corrie, ist eine Botschaft an alle Verteidiger der belagerten Palästinenser, dass auch sie zum Abschuss freigegeben sind. Kriegsgegner müssen bei ihren Protesten die Forderung nach *Verteidigung der Palästinenser* aufnehmen und verlangen: *Alle israelischen Truppen, Siedler sofort raus aus den besetzten Gebieten!*

An die Millionen Arbeiter und Jugendlichen, die gegen den Krieg sind und in Städten rund um die Welt demonstriert haben: Jetzt ist die Zeit gekommen, eure Anstrengungen zu verdoppeln. Aber es ist wichtig, zu verstehen, was bei der Antikriegsbewegung verkehrt ist. Sämtliche Organisationen von Antikriegsprotesten – von International ANSWER bis zu Not In Our Name und United For Peace and Justice – haben euch erzählt, dass zur Verhinderung des Krieges die breiteste mögliche Bewegung notwendig sei. Dies kann nur eine Bewegung bedeuten, die im Bündnis mit „Antikriegs“-politikern der Demokratischen Partei wie Jesse Jackson aufgebaut wird. *Man hat euch Lügen erzählt!* Eine Antikriegsbewegung mit bürgerlichen Politikern aufzubauen heißt, eine Antikriegsbewegung mit Repräsentanten genau der Klasse aufzubauen, in deren Interesse der imperialistische Krieg geführt wird. Und gerade jetzt, wo der Krieg begonnen hat, werden sich diese „ehrenwerten“ liberalen Politiker um „unsere Truppen“ scharen, auch wenn diese ein koloniales Massaker im Irak anrichten.

Die Proteste von Millionen Menschen weltweit sind ein erfreulicher Ausdruck von Auflehnung und Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus. Aber um Kriege abzuschaffen, muss man mit einer Perspektive beginnen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems selbst in Frage stellt. Krieg ist nicht einfach eine Politik, sondern die logische Folge dieser irrationalen kapitalistischen Ordnung. Die Frage, mit der Antikriegsaktivisten und Arbeiter konfrontiert sind, betrifft nicht einfach nur eine militantere Taktik. Wenn eine Lehre zu ziehen ist, dann die, dass es absolut

Interimperialistische...

Fortsetzung von Seite 29

politischen Kontrolle standen und zu Keimzellen für eine proletarisch-politische Revolution hätten werden können. Am 3. Januar 1990 kam eine viertel Million Ostberliner zu einer prosozialistischen antifaschistischen Einheitsfrontdemonstration gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, die von uns Trotzlisten initiiert, dann von den Ost-Berliner Betrieben begeistert aufgegriffen und nach ersten Weigerungen schließlich von der SED-PDS unterstützt wurde. Kurz darauf distanzierte sich die SED-PDS zu Tode erschrocken von diesem Schritt in Richtung proletarisch-politischer Revolution. Ende Januar 1990 kam sie offen heraus mit „Deutschland einig Vaterland“.

Nur wir Trotzlisten von der IKL kämpften mit allen unseren Kräften gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung. Wir kämpften für ein Rotes Rätendeutschland: durch eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen DDR-Bürokratie und durch eine soziale Revolution zum Sturz der westdeutschen Kapitalisten. Ohne die kapitalistische Wiedervereinigung 1990 stünde die Bundeswehr heute nicht auf dem Balkan oder in Afghanistan.

Die SPD war entscheidend dafür, der deutschen Arbeiterklasse die Beteiligung der Bundeswehr am Balkankrieg 1999 reinzuwürgen, den ersten Kriegseinsatz, nachdem die

Rote Armee das Nazi-Regime zerschlagen hatte. Und während die Regierung heute gegen den Griff der USA nach dem Irak ist, hat sie genauso wie die Bush-Regierung den kriminellen Anschlag auf das World Trade Center zynisch ausgenutzt und sich nach Kräften im ureigensten Interesse des deutschen Imperialismus am „Krieg gegen den Terror“ beteiligt und die Bombardierung Afghanistans unterstützt, wo die Armee des deutschen Imperialismus heute das Oberkommando hat. Die SPD steht keineswegs für „Frieden und soziale Gerechtigkeit“, sondern ist ein Garant der kapitalistischen Ordnung. Wir kämpfen darum, Arbeiter und linke Jugendliche von der Sozialdemokratie – ob SPD oder PDS – zu brechen. Dies war auch die entscheidende Lehre des russischen Revolutionärs Lenin aus dem Verrat der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg.

Der Bruch mit der Sozialdemokratie ist entscheidend für den Kampf gegen Krieg. Jugendliche Kriegsgegner, Militante der Arbeiterbewegung und Kämpfer für Immigrantenrechte müssen verstehen, dass jede echte Opposition gegen imperialistischen Krieg sich auf Klassenkämpfe und politische Proteste stützen muss, die unabhängig sind von all den Parteien und Agenturen der kapitalistischen Klassenherrschaft. *Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Iraks! Für Klassenkampf gegen die deutschen kapitalistischen Herrscher im eigenen Land! Brecht mit der Sozialdemokratie, SPD und PDS! Baut eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei auf, die für eine sozialistische Revolution kämpft!* ■

unabdingbar ist, dafür zu kämpfen, dieses zutiefst unmenschliche System durch Arbeiterrevolution loszuwerden. *Nur sozialistische Revolution kann imperialistischen Krieg abschaffen!*

Kämpfer gegen imperialistischen Krieg müssen danach trachten, die soziale Macht des multirassischen amerikanischen Proletariats im Kampf zu mobilisieren. Es gibt viel Zorn an der Basis der amerikanischen Gesellschaft. Die aufgeblasene amerikanische herrschende Klasse und diese ganz besonders groteske Regierung kommandieren die Werktätigen und Minderheiten herum, überschütten die Reichen mit Steuererleichterungen, während Millionen obdachlos sind oder ihre Arbeitsplätze und Renten verlieren. Es besteht verbreitete Furcht und Abscheu vor dieser christlich-fundamentalistischen Regierung, die die Klauen ihrer Repression auf jeden Aspekt des menschlichen Lebens ausdehnen will. Es ist kaum verwunderlich, dass trotz all des Kriegschauvinismus der Medien ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung immer noch gegen den Krieg ist. Tatsächlich wollen selbst in der imperialistischen Armee viele schwarze und Latino-Soldaten und Soldaten aus der Arbeiterklasse nicht für diese rassistische Regierung, die vor Bewunderern der konföderierten Sklavenhaltergesellschaft strotzt, töten und getötet werden.

Im eigenen Land spiegelt sich der US-Krieg gegen den Irak in dem Frontalangriff der Bush-Regierung gegen Arbeiter, Minderheiten und Immigranten wider. Diese Regierung reißt die Rechte in Stücke, die durch jahrzehntelangen militanten Kampf für Freiheit der Schwarzen, für Gewerkschaftsrechte, für Frauengleichheit erreicht wurden. Jetzt droht sie damit, gegen mehr als 11 000 Menschen irakischer Abstammung, einschließlich amerikanischer Staatsbürger, gezielt vorzugehen. Nach dem 11. September inhaftierte sie Immigranten aus dem Nahen Osten und aus Südasien. Dann erklärte sie, dass jedem, der von Bush als „Feindkämpfer“ eingestuft wird, alle verfassungsmäßigen Rechte entzogen werden können. Nun will sie den USA-Patriot Act ausweiten, um jedem, der für einen Helfer von „Terroristen“ gehalten wird, die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ will die Regierung jeglichen Ausdruck einer abweichenden Meinung ersticken. *Dem muss mit entschlossenen Massenprotesten, die sich zentral auf die soziale Macht der Arbeiter stützen, entgegengetreten werden, gegen den Irak-Krieg, gegen die Razzien, gegen die Festnahmen und die Abschiebungen und in Verteidigung all unserer Rechte. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Die amerikanische Bourgeoisie hält bei der Verfolgung ihrer Ambitionen auf unangefochtene Weltherrschaft die UNO zunehmend für entbehrlich. Die UNO wurde am

Ende des Zweiten Weltkriegs als Geschöpf der imperialistischen Mächte – vor allem der USA – ins Leben gerufen, um ihre Kriege und Interventionen zu bemänteln. Heute haben die freimütigen Äußerungen des amerikanischen Imperialismus über „Präventiv“-schläge, einschließlich atomarer Erstschläge, die Spannungen und Feindseligkeiten zwischen den USA und ihren imperialistischen Rivalen, vor allem Deutschland und Frankreich, anwachsen lassen. Das ist das Gesicht der „Neuen Weltordnung“, die hervorging aus der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion, deren militärische Macht dazu beigetragen hatte, die amerikanischen atomaren Amokläufer in Schach zu halten.

Die Sowjetunion war das Heimatland der Oktoberrevolution von 1917, die die kapitalistische Herrschaft in Russland stürzte. Trotz ihrer anschließenden stalinistischen Degeneration war sie ein Arbeiterstaat und verkörperte gewaltige Errungenschaften für die Arbeiterklasse, Frauen und unterschiedliche nationale und ethnische Minderheiten. Die bolschewistische Revolution, die mitten im Ersten Weltkrieg stattfand, zog Russland aus dem Krieg heraus und zeigte, wie imperialistische Verwüstung und Krieg besiegt werden können. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution, so wie wir heute für die Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten kämpfen – Kuba, Vietnam, China und Nordkorea –, wozu auch ihr dringliches Recht gehört, Atomwaffen zu entwickeln.

Die zunehmenden Feindseligkeiten zwischen den imperialistischen Mächten künden von künftigen interimperialistischen Kriegen, die mit Atomwaffen ausgetragen werden. Und die US-Imperialisten haben sich ohne Zweifel als fähig erwiesen, die Menschheit in einen atomaren Holocaust zu stürzen. Die einzige Möglichkeit, das Eintreten dieser Katastrophe zu verhindern, ist die internationale sozialistische Revolution. Die Spartacist League, US-Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, kämpft dafür, in diesem Land eine bolschewistische Arbeiterpartei aufzubauen, die sich der Niederrichtung des US-Imperialismus durch eine sozialistische Revolution verpflichtet hat. Der bolschewistische Führer W.I. Lenin betonte zum vierten Jahrestag der Russischen Revolution „die harte Wahrheit: Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt (dem imperialistischen Frieden ...) nicht anders enttrinnen, man kann dieser Hölle nicht anders enttrinnen als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.“ *Verteidigt Irak! Alle US-Truppen raus aus dem Nahen Osten, sofort! Nieder mit dem US-Imperialismus!* ■

Abonniere jetzt!

Zeitung der Spartacist League/Britain

Jahresabo
€ 7,- (Europa)
inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPARTAKIST

Amerikanische Trotzlisten sagten: Verteidigt Irak gegen Angriff von USA/Britannien!

Erklärung des Politischen Büros der Spartacist League/U.S., unserer amerikanischen Schwesterorganisation in der Internationalen Kommunistischen Liga.

19. März – Die Vergewaltigung des Iraks hat begonnen. Amerikanische Raketen und Bomben schlagen in Bagdad und im Südirak ein, während eine Invasionsstreitmacht von Amerikanern und Briten bereit steht, vom Süden her einzumarschieren. Die menschlichen Verluste durch Tod und Vertreibung, die die raubgierige amerikanische

Kapitalistenklasse dem seit langem leidenden irakischen Volk zufügen will, werden in die Millionen gehen. Dies ist nichts weiter als ein Kolonialkrieg nackter imperialistischer Aggression, auf den eine Kolonialbesatzung dieses ölreichen Nahost-Landes folgen soll. Die US-Herrscher faseln davon, dem irakischen Volk „Demokratie“ und „Befreiung“ zu bringen – etwa so, wie die zionistischen Herrscher die Palästinenser in den besetzten Gebieten „befreiten“. Die grauenhafte Zerstörung, die für den Irak vorgesehen ist, ist das wahre Gesicht des US-Imperialismus – er wadet in Blut, triefend vor Dreck, eine tobende Bestie, die Kultur und Menschlichkeit vernichtet.



New York, 22. März: Revolutionär-internationalistischer Block von SL/U.S. und Spartacus Youth Clubs bei Massenprotest gegen Krieg

Erdball. Die US-Imperialisten wollen den Irak dem Erdboden gleich machen, sie planen, in den ersten 48 Stunden dieses einseitigen Gemetzels etwa 3000 „smart bombs“ [intelligente Bomben] abzuwerfen. Die UN-Inspektoren haben ihre Arbeit getan, den Irak zum Abschuss freizugeben, indem sie bestätigten, dass er keine Mittel zur Selbstverteidigung besitzt. Angesichts des Aufgebots des mächtigsten Imperiums der Welt gegen den neokolonialen Irak könnte es nicht deutlicher sein, dass das Hauptmittel zur Verteidigung des Iraks internationaler Klassenkampf ist, insbesondere in den USA.

Fortgesetzt auf Seite 30

Nieder mit dem US-Imperialismus!

Alle US- und alliierten Truppen raus aus dem Nahen Osten, sofort!